

Zentrum für Nordamerika – Forschung
(ZENAF)

Center for North American Studies



ZENAF Arbeits- und Forschungspapiere (ZAF)

Nr. 1 / 2009

Alexander Reichwein

Der amerikanische Neokonservatismus und seine Ursprünge, Ideen und Ziele

Eine liberale und eine realistische Kritik

Copyright © by Alexander Reichwein

Zentrum für Nordamerika - Forschung
Center for North American Studies

Goethe – Universität Frankfurt am Main
Varrentrappstrasse 40 – 42
60486 Frankfurt am Main

Tel.: (069) 798 – 28521
e-mail: zenafdir@em.uni-frankfurt.de
homepage: <http://www.zenaf.uni-frankfurt.de/>
Federal Republic of Germany

Abstract:

The paper aims at presenting research about Neo-Conservatism, in particular about the origin(s), history of development, ideas, and foreign policy goals. The core argument of the paper is that the discipline of International Relations (IR), in particular the North American Research and the Peace and Conflict Research, should take the Neoconservatives seriously. Three arguments can be made for this: First of all, Neoconservatives such as Robert Kagan, Charles Krauthammer, and Normen Podhoretz are participating in the debates about US foreign policy, and they introduce their ideas (e.g. 'democracy promotion', 'unipolar moment', and 'benevolent empire') into the discourse. The foreign policy of the Reagan administration as well as the foreign policy of George W. Bush was highly influenced by neoconservative ideas. To sum up, Neo-Conservatism is the fourth influential school of US foreign policy beside Isolationism, Liberal Internationalism, and Realism. Secondly, Neoconservatives are proponents of a war-prone-US foreign policy, and advocates of the 'war on terror' and the Iraq War. And finally, Neoconservatives are characterized by ideas, in particular the idea of democracy promotion, as the purpose of American politics and historic mission. Along with this, a neoconservative misunderstanding of IR theories becomes apparent. The 'Democrat Realist' Krauthammer and the 'Wilsonianist' Podhoretz both refer to 'Realism', 'Liberalism' and Wilson's doctrine "to make the world safe for democracy" in a way which is not only misleading, but deceptive. Neoconservatives suggest that Realism is a sole power politics-theory without normative bias, and that the scholars of the liberal peace theory as well as Wilson and his successors claim for a policy of democracy promotion by using force and waging war. Against this background, a critical examination with Neoconservatism is presented in the paper. To reveal the neoconservative misunderstanding of IR discipline and its two important school of thoughts, the few similarities but numerous differences between Neo-Conservatism on the one hand and realist and liberal approaches in IR on the other hand are worked out.

1. Einleitung¹

Der amerikanische Neokonservatismus stellt in mehrfacher Hinsicht eine Herausforderung für die politikwissenschaftliche Teildisziplin Internationale Beziehungen (IB), insbesondere für die Nordamerika- und die Friedens- und Konfliktforschung, dar. Zum einen geht es um die grundsätzlichen Fragen, wer die Neokonservativen sind, wie ihr Amerika- und Weltbild entstanden ist und wie es sich weiterentwickelt hat, und welche politischen Ziele sie verfolgen. Umstritten ist auch, wie groß ihr *Einfluss* auf die US-Außenpolitik ist. Neokonservative Denker der ersten Generation wie Jeane Kirkpatrick, Irving Kristol und Norman Podhoretz spielen seit Ende der 1970er Jahre eine Rolle in den außenpolitischen Debatten und bringen ihre Ideen und Vorstellungen über die Rolle Amerikas in der Welt ein. Diese Neokonservativen zeichneten sich unter den Bedingungen des Ost-West-Konfliktes durch einen radikalen Anti-Kommunismus aus, der sich in erster Linie gegen die Sowjetunion richtete, und vermochten einen starken Einfluss auf die Außenpolitik der Reagan-Administration zu nehmen.

Der Einfluss der zweiten Generation Neokonservativer, zu denen Robert Kagan, Charles Krauthammer und William Kristol gehören, auf die amerikanische Außenpolitik schwand zunächst in den 1990er Jahren unter Präsident Clinton, ist aber nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 wieder stärker geworden. Die „Bush-Revolution“ (Daalder/Lindsay 2003) in der Außenpolitik wird auf diesen Einfluss zurückgeführt. Die Neokonservativen gehören zu den Architekten des „war on terror“², in dessen Kontext auch der *Irakkrieg* stand, den die im Januar 2009 aus dem Amt geschiedene Bush-Administration im März 2003 begonnen hat. Der ideologische Hintergrund der Neokonservativen ist nach dem Ende des Kalten Krieges ein ausgeprägter Anti-Islamismus. Krauthammer oder Podhoretz nehmen die islamische Welt als die neue Bedrohung für die westliche Zivilisation wahr, der man letztlich nur kriegerisch begegnen könne. Es geht also zum anderen auch um die Frage von Krieg und Frieden, und damit um ein zentrales Erkenntnisinteresse der IB (Czempiel 2004).

Schließlich zeichnen sich die Neokonservativen durch bestimmte *Ideen*³ aus, die durch radikale Standpunkte die amerikanische Demokratie, Gesellschaft und Nation betreffend gekennzeichnet sind und das neokonservative Amerika- und Weltbild prägen. Aus den beiden Ideen der *Republik* und der „*nationalen Größe*“ Amerikas leiten Neokonservative wie Irving Kristol ihr spezifisches Verständnis des „*nationalen Interesses*“ der Vereinigten Staaten ab, und aus diesem Interessenverständnis wiederum eines ihrer wichtigsten Ziele in der amerikanischen Außenpolitik: *Demokratieförderung*. Dieses Ziel stand auch hinter dem Irakkrieg. Die amerikanische Außenpolitik muss in der neokonservativen Überzeugung auf eine Demokratisierung anderer Staaten abzielen. Die Verbreitung der „amerikanischen Werte“ Demokratie und Freiheit wird sowohl als eine *politische Bestimmung* als auch eine *moralische Mission* Amerikas betrachtet, die, wenn nötig auch unter Androhung und Anwendung von militärischer Gewalt, zu erreichen ist. Ideologische Begründungen für eine Demokratisierungspolitik, in denen die neokonservative Überzeugung einer Überlegenheit des amerikanischen Gesellschaftsmodells zum Ausdruck kommt, werden um strategische Begründungen ergänzt. Mit einer Demokratisierungspolitik gehe, so lautet Krauthammers Argument, ein Gewinn an Sicherheit und Wohlfahrt für die Vereinigten Staaten einher, da Demokratien friedfertig seien und sich untereinander auch so verhielten.

Eine *kritische Auseinandersetzung* mit der neokonservativen Programmatik ist erstens aus *politischen Gründen* relevant. Paul Wolfowitz, ein Neokonservativer, war als stellvertretender Verteidigungsminister in der Bush-Regierung (2001 bis 2005) direkt in den politischen Entscheidungsprozess involviert.

¹ Für Anmerkungen danke ich Lothar Brock, Frank Gadinger, Jürgen Wilzewski und Reinhard Wolf.

² Die Bezeichnung „war on terror“ benutzte Präsident George W. Bush erstmals in seiner „Address to a Joint Session of Congress and the American People, 20. September 2001.“ Zum Begriff und seiner Verwendung im amerikanischen Diskurs siehe Gadinger/Heck/Dittgen (2008).

³ Irving Kristol bezeichnet den Neokonservatismus als eine Idee (Kristol 1995a). Zur Rolle von Ideen in den IB siehe Blyth (2003), Sorensen (2008) und Williams (2004).

Darüber hinaus nutzen Krauthammer, Irving und William Kristol oder Podhoretz ihre akademischen Tätigkeiten an Universitäten und Denkfabriken sowie ihre Präsenz in den Medien; sie haben in den vergangenen Jahrzehnten Diskursstrukturen (mit)geschaffen und Begriffe wie „unipolar moment“ (Krauthammer 1991, 2002) oder „benevolent empire“ (Kagan 1998) geprägt, die aus den Debatten über die US-Außenpolitik nicht wegzudenken sind. An diesem Anspruch, Einfluss auf die US-Außenpolitik zu nehmen und sich an den Debatten zu beteiligen, werden die Neokonservativen auch in Zukunft festhalten; daran lassen Kagan (2008b), Podhoretz (2006) oder Muravchik (2007) keinen Zweifel.⁴ William Kristol geht trotz eines eventuellen Scheiterns im Irak von der Krisenfestigkeit des Neokonservatismus aus:

If there were to be no success in Iraq, neoconservatism would be discredited for a while. But I would still say that if Iraq went bad, that five or ten years from now, there would probably be a re-thinking. Look, Vietnam went bad, but Reagan still emerged and turned things around again. (Interview mit Keller 2008a: 258)

Eine Analyse des außenpolitischen Entscheidungsprozess in den Vereinigten Staaten darf die Neokonservativen und ihre Ideen also ebenso wenig vernachlässigen wie die Isolationisten, die liberalen Internationalisten oder die Realisten. Ikenberry vertritt die These, dieser neokonservative Einfluss sei spätestens mit dem offiziellen Ende des Irakkrieges im April 2003 zu Ende. Aber selbst wenn dem so *wäre*, gilt es trotzdem, eine Bilanz zu ziehen. Das Ende der Ära Bush, die stärker als alle Präsidentschaften seit Reagan durch die Neokonservativen geprägt war, bietet dazu einen Anlass, markiert aber keineswegs „the end of the Neo-Conservative Moment“ (Ikenberry 2004).

Zweitens sind die Annahmen über die internationale Politik, die die Neokonservativen vertreten, aus der *IB-Perspektive* sehr kritikwürdig. Krauthammer, der sich selbst als einen „Demokratischen Realisten“ bezeichnet, begründet eine wenn nötig kriegerische Demokratisierungspolitik unter Bezugnahme auf die liberale Theorie des „Demokratischen Friedens“ und die realistische Denkschule. Er erachtet seinen außenpolitischen Ansatz des „Demokratischen Realismus“ als allen anderen außenpolitischen Schulen überlegen, da dieser die Bedeutung von Demokratie und Macht in Rechnung stelle. Allerdings führt Krauthammer beide Denkschulen in einer Art und Weise zusammen, die irreführend ist und beiden Theorietraditionen nicht gerecht wird. Podhoretz bezieht sich in seiner Begründung einer Demokratisierungspolitik auf die liberal-internationalistische Schule, die in der Tradition Wilsons steht. Auch diese Bezugnahme ist irreführend, da sich Wilsons Doktrin klar von der neokonservativen außenpolitischen Programmatik unterscheidet.

Im vorliegenden Papier wird eine Auseinandersetzung mit der neokonservativen Programmatik geleistet, die *theoretisch reflektiert* ist und über eine rein deskriptive Darstellung der Genese des Neokonservatismus, wie sie Keller (2008a) und Volkert (2006) anbieten⁵, hinausgeht. Zunächst werden die

⁴ Die Chancen und Grenzen (Entwicklung im Irak, Fortdauer des „unipolar moment“, militärische Suprematie als Voraussetzung für eine demokratische Weltordnungspolitik) des neokonservativen Einflusses auf die US-Außenpolitik diskutiert Keller (2008a: 256-262).

⁵ Keller bezeichnet seine „hermeneutische Methode“ als „Intellectual History trifft empirische Politikwissenschaft“ (2008a: 17). Er verfolgt in seinem Buch zwei „untheoretische“ Ziele. Erstens, die Geschichte einer Idee in ihren zeitgeschichtlichen Kontexten zu rekonstruieren und eine empirisch dichte Beschreibung des Neokonservatismus im Blick auf dessen Genese anzubieten. Dabei zeichnet Keller Kontinuitätslinien und Brüche in der Entwicklungsgeschichte des Neokonservatismus kenntnisreich und detailliert nach. Er arbeitet heraus, was der Neokonservatismus, den er als ein kohärentes Weltbild versteht, das sich von anderen politischen Ideologien bzw. Philosophien abgrenzen lässt, ist, und was sein Wesen und seine intellektuelle Substanz ausmachen. Zweitens zielt Keller darauf ab, den Einfluss des Neokonservatismus in Form einer praxisrelevanten Wirkung auf die Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik zu erfassen. Dabei analysiert er, unter welchen Bedingungen und inwiefern neokonservative Ideen die amerikanische Außenpolitik unter Ronald Reagan, George Bush Senior, Bill Clinton und George W. Bush beeinflusst und angeleitet haben bzw. anleiten und Teil der jeweiligen offiziellen Doktrin bzw. „Grand Strategy“ in der Außenpolitik wurden.

wesentlichen Aspekte dieser Programmatik, in der die Demokratieförderung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes eine ganz wesentliche Rolle spielt, dargestellt (Kap. 2).⁶

Anschließend werden die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der neokonservativen außenpolitischen Programmatik und der *liberal-internationalistischen Schule* in der US-Außenpolitik sowie der *liberalen Friedenstheorie* herausgearbeitet. Die Gemeinsamkeit zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten beschränkt sich auf das grundsätzliche Ziel der Demokratieförderung, das ihren Ursprung in der liberalen amerikanischen Denktradition hat. Die *wesentlichen Unterschiede* kommen im Stellenwert und in der Rolle, die die Ideologie bei der Begründung dieses Ziels spielt, sowie in der Wahl der Mittel und in der Rhetorik zum Ausdruck. Neokonservative und die VertreterInnen der These vom Demokratischen Frieden unterscheiden sich im politischen bzw. analytischen Anspruch. Während Krauthammer eine wenn nötig auch kriegerische Demokratisierungspolitik als politisch geboten einfordert und mit dem Verweis auf die Friedfertigkeit der Demokratien untereinander und der demokratischen Handels- und Sicherheitsgemeinschaft legitimiert, verfolgen die liberalen FriedensforscherInnen im Rahmen ihres Forschungsprogramms einen analytischen Anspruch: sie erforschen die Gründe für den Frieden zwischen den Demokratien und warnen gleichzeitig vor der Zunahme an Gewalt in der Außenpolitik demokratischer gegenüber nichtdemokratischen Staaten. Diese Unterschiede grenzen die außenpolitische Doktrin Wilsons bzw. die liberale Friedenstheorie in der Tradition Kants ganz eindeutig von „dem Liberalismus“, den sich Podhoretz und Krauthammer in ihrer verkürzten Lesart zu eigen machen, ab (Kap. 3).

Abschließend wird eine *realistische Kritik* an der neokonservativen Programmatik vorgestellt. Dabei wird das Potential der realistischen Denkschule angedeutet, die auf Hans J. Morgenthau zurück- und weit über Krauthammers verkürztes Verständnis „des Realismus“, das in seiner Synthese zum Ausdruck kommt, hinausgeht. Morgenthau bietet einen *programmatischen Gegenentwurf* zum Neokonservatismus an. Erstens zog er andere Schlussfolgerungen aus seiner Gesellschaftsanalyse, als dies Neokonservative heute tun. Dabei kommt ein spezifisches Verständnis des „American Exceptionalism“ und der politischen Bestimmung Amerikas zum Ausdruck, das sich vom neokonservativen Amerikabild grundlegend unterscheidet. Zweitens warnte Morgenthau vor einer ideologischen US-Außenpolitik, die in einem demokratischen Kreuzzug und permanenten Interventionen und Demokratisierungskriegen ende und in deren Folge die Vereinigten Staaten nicht nur ihre militärische Macht überschätzen, sondern auch an moralischer Attraktivität, Glaubwürdigkeit und Legitimität als Gesellschaftsmodell und Weltmacht verlieren würden (Kap. 4).

2. Die neokonservative Programmatik

In diesem Kapitel werden die wesentlichen Aspekte der neokonservativen Programmatik dargestellt. Im Mittelpunkt stehen die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Neokonservatismus, die beiden Ideen der Republik und der „nationalen Größe“, das Verständnis des „nationalen Interesses“ sowie das außenpolitische Ziel der Demokratieförderung. Anhand der Begründungen für eine Demokratisierung der islamischen Welt wird die für Neokonservative charakteristische Verbindung aus ideologi-

⁶ Detaillierte Darstellungen zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Neokonservatismus und dessen Einfluss auf die US-Außenpolitik bieten Halper/Clarke (2004), Keller (2008a) und Volkert (2006). Es gibt weitere Darstellungen zum Neokonservatismus (Dorrien 2004; Friedman 2005; Gerson 1996; Steinfels 1979). Diese Autorinnen und Autoren setzen sich allerdings nicht mit der außenpolitischen Programmatik auseinander. Dorrien beschäftigt sich mit dem Einfluss neokonservativer Denker wie Irving Kristol und Norman Podhoretz und deren Vorstellungen über Innenpolitik, Kultur, Theologie und Ökonomie. Friedman, der den jüdischen Hintergrund der Neokonservativen herausarbeitet, beschäftigt sich mit dem Einfluss der Neokonservativen auf die Innenpolitik. Gerson und Steinfels arbeiten die philosophischen Wurzeln des Neokonservatismus sowie innenpolitische Aspekte neokonservativen Denkens heraus. Ehrman (1994) stellt zwar die außenpolitische Agenda der Neokonservativen vor, blendet aber das Ziel der Demokratieförderung aus. Außerdem bezieht er sich nur auf den Kalten Krieg als Kontext. Dadurch reduziert er den Neokonservatismus auf einen Antikommunismus und Kampf gegen die Sowjetunion. Ehrman kann den Wandel im neokonservativen Denken seit dem Ende des Kalten Krieges sowie den Einfluss der Neokonservativen nach dem 11. September nicht erfassen. Die Kritiken von Francis Fukuyama (2005, 2006), der als Neokonservativer gilt, sich aber zunehmend von Krauthammer und anderen Mitstreitern abgrenzt, und Halper/Clarke (2004) beschränken sich auf den Irakkrieg.

schen und strategischen Argumenten für diese Politik illustriert und darüber hinaus die Frage erörtert, wie groß der neokonservative Einfluss auf die Außenpolitik der Bush-Administration war.

2.1 Zur Genese des Neokonservatismus⁷

Es ist umstritten, wer der oder die Begründer des Neokonservatismus sind. George (2005), Halper/Clarke (2004: 62-68) und Owens (2007) sehen in Leo Strauss⁸, Kubbig (2004) sieht in Paul Wolfowitz und dessen Doktorvater an der Universität in Chicago, Albert Wohlstetter, und Fukuyama (2006: 15) wiederum in Irving Kristol, Daniel Bell und Nathan Glazer die neokonservativen Vordenker. Auch Steinfels (1979: 81-107) und Williams (2005) bezeichnen Irving Kristol als solchen.⁹ *Irving Kristol*, der sich selbst von der Strauss'schen Philosophie abgrenzt (1983: 76), kann in der Tat als einer der Vordenker des Neokonservatismus bezeichnet werden. Er hat maßgeblich an der neokonservativen politischen Agenda mitgeschrieben. Kristol bezeichnet den Neokonservatismus als eine progressive und zukunftsorientierte Denk- und Glaubensrichtung, die sich mit der zentralen Frage in der Politik beschäftige: Wer gestaltet die Zukunft auf welche Art und Weise? Der Neokonservatismus ist also eine Vision über eine politische Ordnung (Kristol 1983: x, 75, 253-256; Irving Kristol 2003: 1). Kristol versteht den Neokonservatismus auch als eine neue intellektuelle Bewegung:

Neoconservatism seeks to define, refine, and represent. To put it in somewhat grandiose terms: Neoconservatism aims to infuse American bourgeois orthodoxy with a new self-conscious intellectual vigor. [...] Our intellectuals may feel alienated from the orthodoxy represented by the American way of life. [...] It is the self-imposed assignment of neoconservatism to explain to the American people why they are right, and to the intellectuals why they are wrong. (1983: xiv-xv)¹⁰

Die liberalen und trotzkistischen Wurzeln

Wie ist diese intellektuelle Bewegung entstanden? Woher kommen die Neokonservativen? Woher kommt ihr Name? Handelt es sich um Liberale oder um Konservative? Wie ist ihr Amerika- und Weltbild entstanden? Die Neokonservativen der ersten Generation wie die 2006 verstorbene Jeane Kirkpatrick, Irving Kristol und Norman Podhoretz stammen aus dem New Yorker Intellektuellenmilieu der 1930er und 1940er Jahre (wenngleich deren Eltern Einwanderer waren und zur Arbeiterschicht gehörten), das bis heute als Inbegriff des liberalen Ostküstenestablishments gilt und die Demokratische Partei wählt, und besuchten das New Yorker City College.¹¹ Sie waren angesichts der Weltwirtschaftskrise, der beiden Weltkriege, der totalitären Ideologien des frühen 20. Jahrhunderts sowie des beginnenden Kalten Krieges sehr stark politisiert und zunächst der Linken verpflichtet. Allerdings kultivierten Kristol und seine MitstreiterInnen - trotz gewisser Sympathien für die wirtschaftlichen und sozialen Ziele des Marxismus - einen *Antikommunismus* und übten Kritik an jenen Liberalen, die mit dem Kommunismus sympathisierten und dessen Verbrechen relativierten.

Daher ist es kein Widerspruch, dass viele Mitglieder der College-Clique ursprünglich *Trotzkisten* waren, denn die Trotzkisten hatten sehr früh das verbrecherische Regime Stalins, der Trotzki 1940 ermorden ließ, erkannt. Mitte der 1940er Jahren aber hatten alle Mitglieder der College-Clique angesichts der Enthüllungen des stalinistischen Terrors mit dem Kommunismus/Marxismus gebrochen und sich fortan

⁷ Zur hier skizzierten Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Neokonservatismus siehe Fukuyama (2006: 12-65), Halper/Clarke (2004: 40-73) und Keller (2008a: 18-30, 37-84).

⁸ Zu Leo Strauss und seiner Rolle für die Neokonservativen und deren politische Agenda siehe Drolet (2009), Drury (2005), Fukuyama (2006: 21-31), George (2005), Lenzner/Kristol (2003), Norton (2004), Owens (2007), Rengger (2009) und Weinstein (2004).

⁹ Keller nennt Irving Kristol, Norman Podhoretz und Nathan Glazer als „neokonservative Prototypen“ und sieht in Leo Strauss einen der intellektuellen und politischen Vorbilder (2008a: 47-75).

¹⁰ Nash (1976) erachtet den Neokonservatismus ebenfalls als eine intellektuelle Bewegung. Steinfels bezeichnet deren VertreterInnen als eine neue intellektuelle Klasse (1979: 188-213, 273-294).

¹¹ Zum intellektuellen Ostküstenmilieu siehe Bloom (1986), Pells (1985) und Wald (1987).

von den wenigen verbliebenen „Stalinisten“ unter den radikalen Linken in Amerika distanziert. In den 1960er Jahren folgte eine weitere Auseinandersetzung der Mitglieder des City College mit den Mitgliedern der radikalen Neuen Linken und des SDS (Students for a Democratic Society), die im Kontext des Vietnamkrieges und der Bürgerrechtsbewegung an politischem und gesellschaftlichem Gewicht gewonnen hatten und mit kommunistischen/marxistischen Regierungen sowie mit Mao sympathisierten.¹²

Der Neokonservatismus entstammt also einem weltanschaulichen und antikommunistischen (aber auch antifaschistischen) Liberalismus in Amerika und hat seine liberalen Wurzeln nie aufgegeben; er ist eine *spezifisch liberale Denkrichtung*.¹³ Das unterscheidet ihn zum einen vom Konservatismus, deren Anhänger eher zur republikanischen Wählerschaft gehören. Die Neokonservativen haben allerdings anlässlich der Nominierung des ihres Erachtens zu linken Vietnamkriegsgegners und Parteireformers George McGovern zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten im Jahr 1972 mit der Demokratischen Partei, der sie seit der Präsidentschaft Franklin D. Roosevelts angehörten, und deren für Kristols Geschmack zu linksliberalen Klientel gebrochen. Irving Kristol bezeichnet die Neokonservativen der ersten Stunde daher als „disillusioned liberal intellectuals“ (2003: 1). Fortan haben sie sich mehrheitlich, ebenso wie viele moderat-konservative Demokraten, die sich aber nicht mit dem Etikett „neokonservativ“ geschmückt haben, der Republikanischen Partei zugewandt und sich als „Neokonservative“ bezeichnet. Allerdings sind insbesondere den linksliberalen amerikanischen Juden innerhalb der neokonservativen Bewegung die Republikanische Partei und ihr Milieu immer fremd geblieben. Trotzdem stellte der Neokonservatismus für die linksliberale Klientel die einzige Möglichkeit da, sich konservativ zu positionieren. Jedenfalls verliehen die Neokonservativen der ersten Generation ihrer Abgrenzung zu radikalen Linken, Linken sowie ihres Erachtens zu linken Liberalen und zu Konservativen bereits durch ihre Namensgebung Ausdruck.¹⁴

Die innenpolitische Programmatik

Für die Neokonservativen spielten *ursprünglich* innen- und gesellschaftspolitische Themen die dominierende Rolle. Die Neokonservativen der ersten Generation, die fast ausschließlich Sozialwissenschaftler sind bzw. waren, suchten Lösungen für gesellschaftspolitische Fragen und Probleme wie Armut, Bildungs- und Familienpolitik, Sozialstaatlichkeit, Bürger- und Minderheitenrechte oder Rassismus. Von besonderer Bedeutung waren Förderprogramme für Schwarze und Minderheiten („affirmative action“) sowie die Nachahmung europäischer Sozialstaatsmodelle zur Bekämpfung der Ursachen sozialer Ungleichheit, die von den Linken gefordert wurden. Auch die unkontrollierbaren Folgen technischen Fortschritts und der Programme zur Verwirklichung sozialer Gleichheit, die Irving Kristol als

¹² Inwieweit Neokonservative im Kommunismus, in der Bürgerrechtsbewegung und in der radikalen linken Opposition gegen den Vietnamkrieg Gefahren für die amerikanische Gesellschaft zu erkennen glaubten und welche Rolle die McCarthy-Ära für die neokonservative Bewegung spielte, arbeitet Keller heraus (2008a: 76-84). Zum Antikommunismus der (Neo)Konservativen siehe Nash (1976: 84-130).

¹³ Zur liberalen Denktradition in der amerikanischen politischen Philosophie und Theorie siehe Abbott (2005), Hartz (1955), Skowronek (2006) und Smith (1993). Desch (2007) zählt Louis Hartz, John Locke und Immanuel Kant zu den wichtigsten Denkern in der liberalen Tradition; Hartz selbst bezieht sich auf Alexis de Tocquevilles „Demokratie in Amerika“. Den amerikanischen Liberalismus als politische Ideologie kennzeichnen laut Desch fünf grundsätzliche Annahmen: Amerika ist demokratisch geboren; politische und ökonomische Entwicklungen müssen voranschreiten; der Glaube an das Gute und Fortschrittliche; radikale Ideen und Revolutionen sind gefährlich; Demokratie ist die beste Gesellschaftsform und politische Ordnung. Die liberale außenpolitische Schule in Amerika ist aus dieser Tradition entstanden. Für Desch spielt dabei Kants Idee vom „Ewigen Frieden“ zwischen den Republiken die entscheidende Rolle; die liberale Kernidee ist daher die Verbreitung der Demokratie (2007: 10-14). Desch verortet Kants Friedensschrift von 1795, Wilsons Außenpolitik der „Democracy Promotion“, das an amerikanischen Universitäten etablierte Forschungsprogramm zum Demokratischen Frieden, das auf Kants Friedensschrift von 1795 aufbaut, die „liberal Grand Strategy“ in der US-Außenpolitik, die Neokonservativen und die Außenpolitik der amtierenden Bush-Regierung in dieser liberalen Tradition (2007: 12-25). Eine Kritik an dieser zu undifferenzierten Darstellung folgt in Kapitel 3.

¹⁴ Zur Unterscheidung zwischen Konservativen und Neokonservativen siehe Keller (2008a: 38-47), Kristol (1995b), Nash (1976: 186-252), Nash/Kristol/Podhoretz/Lübbe (1982) und Wolfson (2004).

gefährlich ansah, spielten eine Rolle. Hinzu kamen Fragen nach demokratischer Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen und nach Gerechtigkeit.¹⁵ Dabei handelte es sich also durchaus um linke, liberale und konservative Themen. Dieser Umstand verdeutlicht einmal mehr, dass die Neokonservativen weder lupenreine Liberale noch rechte Konservative sind, sondern zwischen allen Stühlen sitzen. Generell war es in den 1970er Jahren schwer, Neokonservative und Konservative, die die jeweiligen Themen übernahmen, zu unterscheiden. Jedenfalls erkannte Irving Kristol, der 1965 mit Daniel Bell die erste „neokonservative“ Zeitschrift „The Public Interest“ gegründet hatte, die Notwendigkeit, sich dieser Themen anzunehmen und nicht den Linken, Liberalen und/oder Konservativen zu überlassen. Es galt, eine eigene neokonservative Position zu etablieren, die eine Kritik an der Kristols Erachtens zu linken Sozialstaatspolitik „Great Society“ der Johnson-Administration formulierte.

Als Schlüssel zur Lösung dieser Probleme erachteten die Neokonservativen die Kultur innerhalb einer Gesellschaft. Dadurch grenzten sie sich zum anderen von den marxistischen Linken ab, die ausschließlich in den ökonomischen Umständen und in der ungleichen Verteilung von Kapital die Ursachen für das gesellschaftliche Mit- und Gegeneinander sowie für Ungleichheit und Armut sehen, die kapitalistische Marktwirtschaft infrage stellen und radikale gesellschaftspolitische und ökonomische Reformen fordern. Die Neokonservativen instrumentalisieren einen für sie charakteristischen radikalen Antikommunismus, der vor allen Dingen in der McCarthy-Ära seinen Ausdruck fand, für ihren *innenpolitischen Kulturkampf*. Dieser Kulturkampf richtete sich gegen Marxisten, Kommunisten und gegen die radikalen Linken in Amerika.

Die außenpolitische Programmatik

Bis in die späten 1970er Jahre hinein spielten außenpolitische Fragen eine untergeordnete Rolle auf der neokonservativen Agenda. Die beiden Ausnahmen stellten die Position gegenüber Israel und ein auch nach außen gerichteter Antikommunismus, aus dem angesichts der nuklearen Bedrohung im Kalten Krieg allerdings keine Handlungsempfehlungen für die Politik gegenüber der Sowjetunion abgeleitet wurden, dar. Die Marginalisierung außenpolitischer Themen endete mit dem Aufsatz „Dictatorships & Double Standards“ von Jeane Kirkpatrick (1979) und mit Norman Podhoretz' Buch „Present Danger“ (1980) sowie mit der Gründung der Zeitschrift „The National Interest“ durch Irving Kristol. Beide Veröffentlichungen gelten bis heute als neokonservatives außenpolitisches Manifest. Diese Beiträge waren eine Reaktion auf die Außenpolitiken des republikanischen Präsidenten Richard Nixon und des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter, die von den Neokonservativen als gefährlich für Amerika erachtet wurde. Anlass für Kritik war die aus neokonservativer Sicht zu kooperative Politik Nixons und seines Außenministers, Henry Kissinger, gegenüber China sowie die Politik Carters gegenüber der Sowjetunion im Kontext des Afghanistankrieges 1979 und gegenüber den arabischen Staaten im Zusammenhang mit dem Camp David-Abkommen zwischen diesen und Israel im Jahr 1978.

Zwar können die Neokonservativen ganz im Gegensatz zu den liberalen Internationalisten, den Realisten und den Isolationisten auf keine außenpolitische Tradition zurückblicken. Die außenpolitischen Vorstellungen der Neokonservativen vereinten aber bereits in den 1940er Jahren jene Aspekte, die den Nachkriegskonsens bzw. den Konsens im Kalten Krieg über parteipolitische Grenzen und Gesellschaftsschichten hinweg darstellten und sich in der von Kirkpatrick und Podhoretz ausgearbeiteten Agenda wieder finden. Diese Agenda ist bis heute charakteristisch für das außenpolitische Denken der Neokonservativen und ist geprägt durch eine überzeichnete Bedrohungswahrnehmung kommunistischer bzw. nicht-demokratischer Staaten sowie die *ideologische Gegnerschaft* zur Sowjetunion bzw. Russland und allen nicht-demokratischen Staaten, mit denen keine politischen Verhandlungen geführt und gegenüber denen keine Zugeständnisse gemacht werden dürfen. Die Agenda umfasst: realpoliti-

¹⁵ Zu den innen- und wirtschaftspolitischen Themen der Neokonservativen siehe Fukuyama (2006: 12-65, 114-154), Krugman (2008) und Steinfels (1979: 214-272).

sche Ideen über die vitalen *amerikanischen Interessen* sowie über Macht und Einfluss (wie sie bereits Präsident Harry S. Truman und Dean Acheson 1945 in ihrer Doktrin über die Eindämmung des Sowjetkommunismus formuliert hat); *Rüstungskontrollmaßnahmen* sowie die Bereitschaft zu Maßnahmen gegen die Proliferation von Massenvernichtungswaffen; die Bereitschaft zur *Anwendung von militärischer Gewalt* in Form von *Interventionen* in anderen Staaten mit dem Ziel der Beseitigung diktatorischer Regime; liberale bzw. idealistische Ideen über die *Verbreitung amerikanischer Werte* wie Demokratie und Freiheit; schließlich die Überzeugung eines *moralisch überlegenen Amerikas*.¹⁶

Wegmarken in der Entwicklungsgeschichte

Der Vietnamkrieg

Der Vietnamkrieg, der den Höhepunkt amerikanischer Interventionspolitik im Kalten Krieg darstellte, führte zu einem Bruch des außenpolitischen (und antikommunistischen) „Cold War Consensus“ in den Vereinigten Staaten. Auch die Neokonservativen mussten sich angesichts der zunehmenden Kritik am Vietnamkrieg positionieren. Die Folge war eine *Aufspaltung der Neokonservativen* erster Generation in vier Gruppen, die repräsentativ für die drei einflussreichsten außenpolitischen Schulen in Amerika stehen: in wertorientierte Liberale, die auf die Verbreitung amerikanischer Werte nach innen und nach außen abzielen und für ein internationales Engagement Amerika eintreten; in nüchterne und pragmatische Realisten in der Tradition Kissingers oder Achesons, die die Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten in den Mittelpunkt rücken und in Gleichgewichtskategorien denken; in pazifistische und zum Teil sehr nationalistische und konservative Isolationisten, die innenpolitische Themen wieder viel stärker in den Mittelpunkt der neokonservativen Agenda rücken, ein Ende des weltweiten Engagement der Vereinigten Staaten fordern und, wie die Realisten, ein militärisches Eingreifen ausschließlich im Falle einer Bedrohung der sehr eng definierten amerikanischen Sicherheitsinteressen fordern; schließlich in radikale Antikommunisten, die sich durch eine ausgeprägte moralisierende Ideologie auszeichnen und sich auf der Seite der Liberalen positionieren. Die Mehrheit des liberalen und neokonservativen Establishments verortete sich in Folge der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen im ursprünglichen, linksliberalen politischen Spektrum, während einige wenige Neokonservative wie Irving Kristol nach rechts rückten, sich fortan auch als „Realisten“ bezeichneten (1995: 3-40) und der Republikanischen Partei beitraten, ohne aber ihre liberale Herkunft und Tradition aufzugeben.

Trotz der Spaltung, die die neokonservative Bewegung schwächte, gelang es den wertorientierten liberalen und den antikommunistisch geprägten Neokonservativen, maßgeblichen *Einfluss* auf die Außenpolitik des republikanischen Präsidenten Ronald Reagan zu nehmen.¹⁷ Neokonservative wie Robert Kagan und William Kristol, die von politischen Repräsentanten grundsätzlich eine starke und moralische Persönlichkeit mit Führungsqualitäten erwarten, sehen in Reagan den ersten „neokonservativen Präsidenten“. Sie erachten bis heute Reagans unnachgiebige, wertorientierte und „moralische“ Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion, die sehr stark ideologisch aufgeladen und durch eine Rhetorik vom „Reich des Bösen“ geprägt war, als nachahmenswertes Erfolgsmodell.

Das Ende des Ost-West-Konflikts

Das Ende des Ost-West-Konfliktes führte dazu, dass die älteren Neokonservativen wie Kirkpatrick, Irving Kristol und Podhoretz ihre außenpolitischen Ambitionen aufgaben und sich wieder den ursprünglichen innenpolitischen Themen auf ihrer Agenda widmeten. Fukuyama hatte es 1989 aus neokonservativer Sicht auf den Punkt gebracht: nach dem absehbaren Ende des Sowjetkommunismus und mit Beginn des weltweiten Siegeszuges der marktwirtschaftlichen Demokratien war das „Ende der Geschichte“ erreicht:

¹⁶ Zur neokonservativen außenpolitischen Agenda siehe Keller (2008a: 91-245) und Kubbig (2004).

¹⁷ Zum neokonservativen Einfluss auf Reagans Außenpolitik siehe Keller (2008a: 91-138, 234-246) und Kristol/Kagan (1996).

What we may be witnessing is not just the end of the Cold War, but the end of history as such; that is, the end of mankind's ideological evolution and the universalization of Western liberal democracy as the final form of human government. (Fukuyama 1989: 2)¹⁸

Angesichts dieses Umstandes sollte nun wieder die ideologische Konfrontation in Form des Kulturkampfes gegen die verbliebenen Marxisten, radikalen Linken und Linksliberalen in Amerika gesucht werden. Ein weltpolitisches Engagement der USA schien mit Ausnahme der Selbstverteidigung nicht länger notwendig. Diese unter den Neokonservativen der ersten Generation mehrheitsfähige Position bedeutete aber keine Annäherung an konservative Isolationisten. Die Neokonservativen stellten in der Folgezeit lediglich das vor allen Dingen während der demokratischen Präsidentschaft Bill Clintons sehr starke weltpolitische Engagement der USA in Form „Humanitärer Interventionen“ in Somalia, Bosnien oder im Kosovo infrage. In diesem Zusammenhang gerieten die Neokonservativen durchaus in das Fahrwasser der realistischen Kritiker an der Clinton'schen Außenpolitik. Viele außenpolitische Realisten sehen in der Verteidigung Amerikas oder in vitalen „nationalen Interessen“ wie der eigenen Sicherheit die einzigen Gründe für ein internationales Engagement bzw. zur Anwendung militärischer Gewalt. Die Mehrheit der älteren Neokonservativen jedenfalls verstand die außenpolitische Agenda als ein Projekt des Kalten Krieges, der 1990 vorüber war. Kirkpatrick war damals von ruhigen Zeiten für Amerika, das sich wieder auf sich selbst konzentrieren könne und sollte, überzeugt. Sie verfasste in diesem Glauben noch 1990 den Aufsatz „A Normal Country in a Normal Time“. Diese Überzeugung war aber auch Ausdruck einer gewissen *Orientierungslosigkeit und Seinskrise* jener Neokonservativen, die mit dem ideologischen Gegner Sowjetunion groß und durch diesen sozialisiert wurden, der auf einmal verschwunden war.

Der Generationenwechsel in den 1990er Jahren

Die Neokonservativen haben sich allerdings nie aus der Außenpolitik zurückgezogen. Dieser Umstand ist auf einen Generationenwechsel zu Beginn der 1990er Jahre zurückzuführen, in dessen Folge eine zweite Generation jüngerer Neokonservativer, zu denen Robert Kagan, Charles Krauthammer und William Kristol gehören, die Federführung übernahm. Zwar waren die Neokonservativen angesichts der realpolitischen Restauration unter George Bush und der darauf folgenden liberal-internationalistisch ausgerichteten Außenpolitik der Clinton-Administration zunächst ohne nennenswerten Einfluss auf die amerikanische Außenpolitik.¹⁹ Diese neue Generation war aber von Anfang an außenpolitisch ambitioniert und bereit, sich den neuen Herausforderungen für Amerika unter den sich wandelnden weltpolitischen Rahmenbedingungen zu stellen. Diese Ambitionen sind auch vor dem Hintergrund der „American Decline Debate“²⁰, die in den 1980er Jahren geführt wurde, zu verstehen. Den jungen Neokonservativen ging es auch darum, die Vertreter der These vom Niedergang Amerikas in die Schranken zu weisen. Kagan, Krauthammer und William Kristol ersetzten den Anti-Kommunismus durch einen *Anti-Islamismus* (Krauthammer 2004: 6), erweiterten die neokonservative außenpolitische Agenda um die Ideen des „*unipolar moment*“ und der amerikanischen Vorherrschaft („*primacy*“), die sie auch als „*benevolent empire*“ beschreiben. Die neuen internationalen Rahmenbedingungen nach 1990 haben diese Neujustierung begünstigt. Außerdem stellten diese Neokonservativen die Idee einer global ausgerichteten Mission der *Demokratieförderung* in den Vordergrund. Aus

¹⁸ Aus dem Aufsatz von 1989 ist ein Buch mit dem gleichnamigen Titel entstanden (Fukuyama 1992).

¹⁹ Zum Generationenwechsel, zur außenpolitischen Agenda und zur Marginalisierung der Neokonservativen in den 1990er Jahren siehe Halper/Clarke (2004: 74-111), Keller (2008a: 139-164). Zu einer neokonservativen Kritik an Bushs „Narrow Realism“ siehe Kaplan/Kristol (2003: 37-49).

²⁰ Zur „American Decline Debate“ siehe Herz (1989) und Kennedy (1989).

dem Kalten Krieg gegen den Sowjetkommunismus war und ist für die Neokonservativen ein Kampf für weltweite Demokratie geworden.

Zwischenfazit: Der Neokonservatismus zwischen Konservatismus und Liberalismus

Trotz der unterschiedlichen Ursprünge und trotz der Spaltungen in den 1970er Jahren gelang es den Neokonservativen unter der Führung von Irving Kristol im Verlaufe der Jahrzehnte, sich sowohl vom marxistischen, radikalen linken und linksliberalen als auch vom moderat- und rechtskonservativen Milieu in Amerika zu emanzipieren, eine spezifische liberale Denkrichtung zu entwickeln, eine eigenständige intellektuelle und politische Bewegung mit einer innen- und außenpolitischen Agenda zu etablieren und Einfluss auf die US-Außenpolitik unter Reagan zu nehmen. Allerdings besetzen die Neokonservativen sowohl linke und liberale als auch konservative Themen, was für die Heterogenität und Vielfalt „des Neokonservatismus“ spricht. Das einigende Band war aber stets der radikale Anti-Kommunismus. Die Auseinandersetzung der Neokonservativen mit dem traditionellen Liberalismus und dessen Vertretern soll zum Abschluss der hier skizzierten Genese des Neokonservatismus verdeutlichen, inwieweit sich die Neokonservativen schließlich auch von den klassischen Liberalen in Amerika emanzipiert haben. Die Abgrenzung oder „Entfremdung vom Liberalismus“ (Keller 2008a: 37) komplettiert den Bruch der Neokonservativen mit nahezu sämtlichen politischen Strömungen in Amerika. Keller spricht daher auch von einer „Ortlosigkeit“ der Neokonservativen (2008a: 84-90).

Die Auseinandersetzung mit dem Liberalismus

Der Neokonservatismus hat sein Profil vor allen Dingen in der *Auseinandersetzung mit dem Liberalismus* und der Frage nach den Auswirkungen der Moderne auf Politik und Gesellschaft gewonnen.²¹

Irving Kristol war auch in diesem Zusammenhang einer der Protagonisten in dieser Auseinandersetzung. Er beansprucht zunächst, sich auf die eigentlichen Wurzeln des Liberalismus, nämlich Freiheit und Fortschritt, zu beziehen (1983: 149). Kristol glaubte bereits in den 1970er Jahren, vor einem Abgleiten der amerikanischen Gesellschaft in die Dekadenz sowie vor einer Krise des politischen Gemeinwesens warnen zu müssen. Diese Gefahr zeigt er am Interessenbegriff auf.

Kristol teilt die klassische liberale Auffassung, dass Individuen Interessen haben. Für ihn reicht die Addierung individueller Interessen aber nicht aus, um eine *politische Kultur* zu schaffen, die die Grundlage für ein starkes politisches Gemeinwesen bilden kann. Die ausschließliche Verfolgung und Befriedigung individueller Interessen, die Kristol zu erkennen glaubt, führe ganz im Gegenteil zu einem rücksichtslosen Individualismus und schließlich zu einem Nihilismus, den er als eine ebenso große Gefahr wie den Marxismus begreift (1978: 65-68, 1983: 64). Dieser Individualismus manifestiere sich, so Kristol, darin, dass die Menschen nur noch nach Selbstverwirklichung strebten und sich der Konsumsucht hingäben (1978: 254, 1983: 117). In diesem Zusammenhang werde ein primär ökonomisches Verständnis von Interessen etabliert und der Liberalismus darauf reduziert. Der Wohlfahrtsstaat und seine Institutionen würden dabei von Interessengruppen als Rahmen für den ökonomischen Wettbewerb um Güter instrumentalisiert. Politik werde zu einem reinen Verteilungskampf auf Kosten der Solidarität und die Demokratie auf eine sterile Form von pluralistischer Entscheidungsfindung reduziert. Ökonomische Interessen garantieren seines Erachtens nicht, dass die Bürger bereit sind, die *Demokratie als einen Wert für sich* gegen ihre Gegner zu verteidigen. Im Niedergang der demokratischen Kultur sieht er, ebenso wie Podhoretz (1980), die eigentliche Gefahr für die amerikanische Gesellschaft (Kristol 1983: 50, 245). Dieser Gefahr gelte es mit einer politischen Agenda, die auf die Erneuerung der Republik durch eine *neue Art* konservativen Regierens abzielt, zu begegnen (Kristol 1983: 76):

²¹ Zur hier skizzierten Auseinandersetzung der Neokonservativen mit dem Liberalismus siehe Nash (1976: 3-83), Schissler (1983), Steinfels (1979: 25-80) und Williams (2005: 309-314), aus dessen Aufsatz ich die wesentlichen Passagen zitiere.

What exactly is Neoconservatism? [...] The historical task and political purpose of neoconservatism would seem to be this: to convert the Republican Party, and American conservatism in general, against their respective wills, into a new kind of conservative politics suitable to governing a modern democracy. (Irving Kristol 2003: 1)

Die Auseinandersetzung mit dem traditionellen Liberalismus (im Rahmen derer sich ebenfalls vom „alten“ Konservatismus distanziert wird) ist nicht nur eine wichtige Etappe in der Entwicklungsgeschichte des Neokonservatismus, die zur Eigenständigkeit neokonservativen Denkens geführt hat. Aus dieser Auseinandersetzung resultieren auch zwei neokonservative Ideen, die auf der neokonservativen Agenda eine ganz wesentliche Rolle spielen.

2.2 Neokonservative Ideen

Auf Irving Kristols Agenda spielen zwei Ideen und zwei Werte eine ganz wesentliche Rolle: die Ideen der Erneuerung der Republik und der „nationalen Größe“ Amerikas sowie die beiden Werte Demokratie und Freiheit. Die Neokonservativen beanspruchen eine Art Definitionshoheit über diese Ideen und suggerieren dabei, dass es sich um „amerikanische“ Werte handelt. Sie begründen sowohl das Verständnis des „nationalen Interesses“ als auch das Ziel der Demokratieförderung in der Welt auf diesen Ideen und Werten.

Die amerikanische Republik

Kristol stellt das Gemeinwohl des Staates und das öffentliche Interesse über die (ökonomischen) Einzelinteressen der Individuen. Damit soll wieder ein Bewusstsein für das politische Gemeinwesen, für Solidarität und soziale Gerechtigkeit, für tugendhaftes Verhalten und für gemeinsame Werte geschaffen werden. Die Bürger sollen nicht nur in einem fortschrittlichen und stabilen ökonomischen Umfeld wirtschaften und ihre eigenen Interessen verfolgen können, sondern auch das Allgemeinwohl als Teil ihrer individuellen Freiheit und Selbstentfaltung begreifen und sich an demokratischen Regierungsformen beteiligen. Die Essenz dieser Agenda sind ein *republikanisches Regierungssystem*, eine starke und tugendhafte politische Führung sowie die beiden *Werte Demokratie und Freiheit*, die für Kristol den Kern der republikanischen Idee ausmachen (Kristol 1972). Eine Gesellschaft, die sich durch einen republikanischen Geist auszeichnet, ist für Kristol moralisch, stark und gewappnet, die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen (1983: 51, 89, 174).

Kristol beruft sich in diesem Zusammenhang auf die *amerikanische Revolution* und deren Errungenschaften²² sowie auf die Gründerväter. Sein Argument lautet, dass die verantwortungsbewussten und tugendhaften Bürger eine politische Gemeinschaft geschaffen haben, in der sie sich auf die Prinzipien der Gleichheit, der individuellen Freiheit, der politischen Mitbestimmung und der wirtschaftlichen Wohlfahrt gleichermaßen berufen können. Kristol spricht von der Republik als dem Kern der amerikanischen Idee und Identität, die es zu verteidigen gelte.²³ Hinter dieser Überzeugung steht das neokonservative Selbstverständnis, dass die amerikanische Demokratie unfehlbar und allen anderen Gesellschaftsformen und politischen Kulturen überlegen ist, *wenn* sie sich wieder an ihrem republikanischen Ursprung orientiert und sich der Gefahren von Individualismus und Nihilismus, die der rein ökonomisch verstandene Liberalismus birgt, erwehrt.²⁴ Die Aufgabe dieser Idee, die Kristol Anfang der

²² Zur amerikanischen Revolution siehe Bailyn (1992).

²³ Zum Republikanismus in der amerikanischen politischen Philosophie, auf den sich nicht nur die Neokonservativen, sondern auch Liberale und Konservative beziehen, siehe Rodgers (1992).

²⁴ Zur ideellen Überhöhung und Verklärung der amerikanischen politischen Kultur, die sowohl die Neokonservativen als auch Liberale vertreten, siehe Henry Luces Essay „The American Century“ von 1941 (abgedruckt in *Diplomatic History* 23: 2, 1999, 159-171).

1970er Jahre zu erkennen glaubte, stellt für ihn eine Gefahr für die Demokratie und damit für die politische Ordnung der Vereinigten Staaten und ihre Existenz dar (Williams 2005: 314-318).

Die „nationale Größe“ und der „American Exceptionalism“

Die einzige Möglichkeit, diesen Gefahren entgegenzuwirken, sieht Kristol darin, die republikanische Idee zu erneuern. Dazu soll eines ihrer Fundamente wieder herausgestellt werden: der fortschrittliche und zukunftsorientierte *amerikanische Nationalismus*.²⁵ Dieser Nationalismus mobilisiere die Menschen, die sich zu den republikanischen Idealen bekennen und an der Politik im Sinne des Gemeinwerts mitwirken sollen. Kristol vertritt damit eine weitere neokonservative Idee: die „nationale Größe“. Die amerikanische Nation wird dabei als die erste und einzigartige Nation heroisiert. Kristol selbst bezeichnet den Neokonservatismus als *nationalistisch*. Einen nostalgischen amerikanischen Patriotismus, den die Neokonservativen den Konservativen ebenso wie den Liberalen unterstellen, erachtet er als unangemessen, um den zukünftigen Herausforderungen und Problemstellungen in der Politik gerecht zu werden (Kristol 1983: xiii, ix; Irving Kristol 2003: 1). Dieses Verständnis eines fortschrittlichen amerikanischen Nationalismus vertreten auch Neokonservative der zweiten Generation.²⁶

Die Neokonservativen beziehen sich in diesem Zusammenhang auf ein liberales Verständnis des „American Exceptionalism“.²⁷ Sie argumentieren mit den außergewöhnlichen Umständen der Gründung der Vereinigten Staaten als eine Republik sowie mit deren politischer und institutioneller Entwicklung, die sie von allen anderen Nationen unterscheidet und einzigartig sowie moralisch überlegen mache. In diesem Zusammenhang sprechen die Neokonservativen von der „*city upon the hill*“ (Baritz 1964) oder dem *Leuchtturm Amerika*. Ferner beanspruchen sie für Amerika, die *universalen Werte* Freiheit und Demokratie zu verkörpern. Die Verbreitung dieser Werte in der Welt erachten die Neokonservativen als *politische Bestimmung* und *historische Mission* des auserwählten und aufgeklärten amerikanischen Volkes für eine neue zivilisierte Welt. Die Neokonservativen glauben daher auch, sich von den europäischen Nationalismen und Ansprüchen auf eine Zivilisierung der Welt, die sie mit Imperialismus und Krieg gleichsetzen, abgrenzen zu können (Kristol 1983: xiii; Kristol/Brooks 1997). Der Neokonservatismus ist also republikanisch, nationalistisch, wertegebunden und somit *ideologisch*. Irving Kristol glaubt an die Kraft von Ideologien in der Politik: „In the modern world, a non-ideological politics is politics disarmed“ (1983: ix).²⁸ Dieser Glaube wird auch am Interessenverständnis der Neokonservativen deutlich.

2.3 Das neokonservative Verständnis des „nationalen Interesses“

Die Neokonservativen haben ein wertegebundenes Verständnis des „nationalen Interesse“. Anders formuliert: das amerikanische Interesse zielt im neokonservativen Weltbild auf die Verteidigung und die Verbreitung der eigenen „amerikanischen“ Werte Demokratie und Freiheit ab und wird mit der republikanischen Verfasstheit, ihrem Verständnis des „American Exceptionalism“ und somit letztlich mit der amerikanischen Geschichte und Identität begründet. Die Neokonservativen verstehen das „nationale Interesse“, ebenso wie die Gründung der Vereinigten Staaten, einerseits als exzeptionell. Andererseits sollen sich die „amerikanischen“ Werte aber nicht nur auf Amerika beschränken. Es geht den Neokonservativen auch um die Verbreitung dieser Werte in der Welt. Durch die Verbreitung von Demokratie und Freiheit sollen die Errungenschaften der amerikanischen Revolution also nicht nur im Innern verteidigt, sondern im Namen der gesamten Menschheit, der der Wunsch nach Demokratie

²⁵ Zum amerikanischen Nationalismus siehe Irive (1977) und Monten (2005).

²⁶ Siehe Bennett (2000: 291), Kristol/Kagan (1996: 31/32) und Kristol/Brooks (1997).

²⁷ Zum „American Exceptionalism“ siehe Koh (2003), Lipset (1996), Nye (1966) und Wrobel (1993). Inwieweit die Überzeugung von Einzigartigkeit und moralischer Überlegenheit eine Rolle in der US-Außenpolitik spielt, diskutieren Fukuyama (2006: 95-113), MacDonald (2007), McKeown (1995) und Moss (2003).

²⁸ Inwieweit das neokonservative Ideologieverständnis dem Ideologieverständnis Karl Marx' oder Karl Mannheims entspricht, kann hier nicht diskutiert werden. Zum Verhältnis von Politik und Ideologien siehe Seliger (1976).

unterstellt wird, auch in die Welt getragen werden. Das ist ein Kernaspekt des neokonservativen Interessenverständnis (Muravchik 1991, William Kristol 2000). Aus diesem Interessenverständnis leiten die Neokonservativen ihr außenpolitisches Ziel der Demokratieförderung ab, die *im* „nationalen Interesse“ Amerikas liegt.

Die Innen- und die Außendimension

Das aus den beiden Ideen der Republik und der „nationalen Größe“ abgeleitete „nationale Interesse“ spielt eine sehr wichtige Rolle in der neokonservativen Programmatik. Eine starke und große Republik wie Amerika zeichne sich, so Irving Kristol, erst durch das Interesse an der Verteidigung der republikanischen Idee aus. Dieses Interesse leitet auch die amerikanische Außenpolitik an, da es eine Vision über eine Weltordnung enthält, die im Einklang mit den eigenen Werten stehe und die es zu erreichen gelte. Für Robert Kagan ist jede Debatte über die US-Außenpolitik mit der Frage nach der nationalen Identität Amerikas und den eigenen Werten verbunden und nie auf eine ausschließlich strategische und pragmatische Interessenpolitik, wie sie Neokonservative den Realisten unterstellen, zu reduzieren. William Kristol (2003) wirft den Realisten vor, ein ausschließlich pragmatisches und strategisches Verständnis des „nationalen Interesses“ ohne Bezug zur republikanischen Idee sowie ohne Bewusstsein für die politische Bestimmung und die moralische Mission Amerikas zu haben. Nur so sei bspw. die kooperative Politik Kissingers gegenüber China oder der Sowjetunion zu verstehen. Krauthammer reduziert Morgenthau's Interessenbegriff auf ein ebenso nüchternes wie zynisches Machtverständnis ohne Ideale und Moral (2004: 4/5). Eine realistische Außenpolitik verfolge und verteidige weder amerikanische Werte noch die Identität der Vereinigten Staaten und sei daher unmoralisch. Darüber hinaus unterschieden Realisten nicht zwischen Demokratien (die Krauthammer mit der Zivilisation gleichsetzt) und Nicht-Demokratien (die er mit Barbarei gleichsetzt), sondern forderten gegenüber jedem Land eine Politik des Interessenausgleichs ein. Somit konterkariere eine realistische Außenpolitik nicht nur das wahre „nationale Interesse“ Amerikas einer demokratischen Welt, sondern gefährde gleichzeitig die Sicherheit der Vereinigten Staaten und trage letztlich auch zum inneren Verfall der Republik bei (Krauthammer 2004: 5, Kristol/Kagan 1996: 28).²⁹

Im neokonservativen Weltbild ist die republikanische Verfasstheit der Vereinigten Staaten eine Dimension bzw. ein Bestimmungsfaktor für die US-Außenpolitik, die auf die Verbreitung von Demokratie und Freiheit in Amerika *und* in der Welt abzielt. Hier kommt das neokonservative Verständnis, dass der Regimecharakter eines Staates dessen Außenpolitik bestimmt, zum Ausdruck. Eine solche Demokratisierungspolitik werde, so William Kristol und Kagan (1996: 26/27), von der amerikanischen Bevölkerung unterstützt. Die Bürger identifizierten sich mit dem dieser Außenpolitik zugrunde liegenden „nationalen Interesse“, weil sie in ihm die eigenen Werte erkennen würden. Diesen Werten wird damit eine Legitimierung- und Mobilisierungsfunktion zugeschrieben, die amerikanische Bevölkerung wenn nötig auch für einen Krieg im Namen der Demokratie und der Freiheit zu gewinnen. Eine Demokratisierungspolitik stärkt also die Republik. Im neokonservativen Verständnis lassen sich eine Innen- und Außendimension also nicht voneinander trennen: „There can be no clear dividing line between the domestic and the foreign“ (Kagan 2004). Das „nationale Interesse“ wirkt sowohl als ein politisches Prinzip und *identitätsstiftend* nach innen als auch als Legitimation für eine *wertegebundene Außenpolitik* (Irving Kristol 2003).³⁰

²⁹ Zur neokonservativen Kritik am Realismus siehe ferner Kristol (1983: 64f) oder Muravchik (1991, 1996).

³⁰ Zum Zusammenhang zwischen der amerikanischen Identität, dem „nationalen Interesse“ und dem Ziel der Demokratieförderung siehe Nau (2000).

2.4 Democracy Promotion als ein außenpolitisches Ziel der Neokonservativen

Die neokonservative außenpolitische Programmatik lässt sich, wie in Kapitel 2.1 dargestellt, nicht auf die Demokratieförderung reduzieren. Dieses Ziel rückte im Verlaufe der letzten Jahrzehnte allerdings immer stärker in den Mittelpunkt. Die Neokonservativen gehörten zu den Befürwortern der militärischen Intervention in Grenada im Jahre 1983, die damit begründet wurde, Demokratie innerhalb der amerikanischen Einflussosphäre zu verbreiten.³¹ Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, und vor allen Dingen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 genießt die Verbreitung von Demokratie und Freiheit in der Welt erste Priorität auf der neokonservativen außenpolitischen Agenda. Für viele Neokonservative ist eine Demokratisierungspolitik nicht nur *das Leitmotiv* in der Außenpolitik, sondern Teil einer moralischen Mission, an der alle Menschen teilhaben sollen (William Kristol 2003: 2). Irving Kristol (2003: 3) bezeichnet es als eine Verpflichtung für die Vereinigten Staaten, andere Länder zu demokratisieren und vor nichtdemokratischen Kräften nach innen und außen zu verteidigen. In diesem Zusammenhang grenzen sich die Neokonservativen nicht nur von den Realisten, sondern auch von den Isolationisten ab. Sie unterstellen den Isolationisten, die „amerikanischen“ Werte nur im eigenen Land zu stärken, sich aber nicht in anderen Ländern engagieren zu wollen (Kristol/Kagan 1996: 31, Krauthammer 2004: 2). Die Bedeutung der Demokratieförderung wird vor allen Dingen im Blick auf die Politik gegenüber der islamischen Welt deutlich.

2.5 Die Demokratieförderung in der islamischen Welt als neokonservatives Projekt

Eines der wichtigsten Themen im neokonservativen Diskurs ist der Nahe und Mittlere Osten. Paul Wolfowitz hat sich bereits in den 1970er Jahren in seiner Dissertation „Nukleare Weiterverbreitung im Mittleren Osten: Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte von Vorschlägen zur nuklearen Entsalzung“ mit der Region und deren strategischer Bedeutung für die Vereinigten Staaten beschäftigt. Im Kern geht es Wolfowitz um eine Sicherheitsstrategie der USA gegenüber einer sich nuklearisierenden islamischen Welt und um den Zugang zum Öl im Persischen Golf. Da zum damaligen Zeitpunkt einige islamische Staaten wie Jemen, Syrien oder der Iran mit der Sowjetunion bzw. mit einer marxistischen Staatsideologie sympathisierten, verbanden sich in „Wolfowitz' Welt“ (Kubbig 2004) strategische und ideologische Begründungsmuster für eine regional ausgerichtete Strategie.

Spätestens seit den Terroranschlägen vom 11. September treibt die Neokonservativen die Frage um, wie mit der islamischen Welt, insbesondere mit dem islamistisch-fundamentalistischen Terrorismus und mit jenen islamischen Staaten, die diesen Terrorismus unterstützen, umgegangen werden soll (Halper/Clarke 2004: 11, Krauthammer 2004: 6/7). Charles Krauthammer bezeichnet den „Arab-Islamic totalitarianism“ (2004: 6) als *die* neue Bedrohung und Gefahr für den Frieden und für die Freiheit in der Welt und für die Sicherheit der westlichen Demokratien, allen voran für die Vereinigten Staaten. Die Terroranschläge haben es den Neokonservativen jedenfalls ermöglicht, eines der wichtigsten Themen auf ihrer Agenda in den außenpolitischen Diskurs einzubringen: „regime change“ und Demokratisierung (Kaplan/Kristol 2003: 95-111). Zur Begründung einer Demokratisierungspolitik in der islamischen Welt, die im „nationalen Interesse“ der Vereinigten Staaten liege, führen die Neokonservativen ideologische und strategische Argumente an.

Ideologische Begründungen für eine Demokratisierungspolitik

David Frum und Richard Perle, die im Kalten Krieg sozialisiert wurden und daher ideologisch sehr stark durch den Anti-Kommunismus geprägt sind, begründen eine Demokratisierungspolitik in der islamischen Welt *ideologisch*. Sie beschreiben den fundamentalistischen Islamismus als den dritten ideologischen Gegner der Vereinigten Staaten nach dem Faschismus bzw. Nationalsozialismus und dem Sowjetkommunismus. Frum und Perle gehen, ebenso wie Norman Podhoretz, der in seinem Buch „World

³¹ Zu Intervention der Vereinigten Staaten in Grenada siehe Keller (2008a: 118-122).

War IV“ von einem „Islamofaschismus“ spricht, von einem monolithischen islamistischen Block aus und unterstellen allen islamischen Gruppierungen eine Ideologie des globalen „Dschihad“. Diese Neokonservativen sind davon überzeugt, dass islamistische Terrororganisationen (zu denen Frum und Perle Al Quaida, die Hamas und die Hisbollah zählen), aber auch alle islamischen Gesellschaften und Regierungen, denen eine Demokratiefähigkeit abgesprochen wird, die westlichen Staaten vernichten wollen (Frum/Perle 2003: 1-7).

In diesem überzeichneten³² *anti-islamischen* Bedrohungsdiskurs spielen Unterschiede zwischen Gewaltunternehmern, sunnitischen und schiitischen Gesellschaften, die westliche Orientierung von zum Teil demokratisch legitimierten Regierungen oder politische, ökonomische und kulturelle Unterschiede zwischen einzelnen islamischen Ländern, die selbst zur Zielscheibe terroristischer Anschläge durch das Al Quaida-Netzwerk werden, keine Rolle. Dem Islamismus und den von ihm ausgehenden Gefahren für die westliche Zivilisation könne, so die Überzeugung Frums, Perles und Podhoretz', weder durch Diplomatie und Verhandlungen noch durch Wirtschaftsembargos, sondern nur in einer kriegerischen Auseinandersetzung begegnet werden. (dementsprechend fordert Podhoretz auch einen Krieg gegen die Islamische Republik Iran.³³) Dieser Krieg müsse gewonnen und an dessen Ende ein Regimewechsel und die Demokratisierung in den islamischen Ländern stehen (Frum/Perle 2004: 146, 248; Podhoretz 2004, 2007). In der Einleitung von Frums und Perles Buch „An End to Evil“ wird diese Auffassung sehr deutlich:

If the people responsible for the 9/11 attack could have killed thirty thousands Americans or three hundred thousand or three million, they would have done so. The terrorists are cruel, but they are not aimless. Their actions have a purpose. They are trying to rally the Muslim world to jihad against the planet's only superpower. They commit terror to persuade their followers that jihad can destroy American power. [...] For us, terrorism remains the great evil of our time, and the war against this evil, our generation's great cause. We do not believe that Americans are fighting this evil to minimize it or to manage it. We believe they are fighting to win - to end this evil before it kills again and on a genocidal scale. There is no middle way for Americans: It is victory or holocaust. (Frum/Perle 2003: 6/7).

Diese sehr stark ideologisch geprägte Sichtweise, dass „der Islam“ (der mit Barbarei gleichgesetzt wird) nach dem Ende des Kalten Krieges an die Stelle des Kommunismus getreten und zum *neuen politischen Feind* „des Westens“ (der mit der Zivilisation gleichgesetzt wird) geworden ist, sowie die Stilisierung des „Kampfes der Demokratie gegen das Böse“ teilen auch jüngere Neokonservative wie Robert Kagan (2008a: 52-55, 88-93).³⁴

Strategische Begründungen für eine Demokratisierungspolitik

Krauthammer, der zu den federführenden Außenpolitikern unter den Neokonservativen zählt und sich im Gegensatz zu den interventionistischen Vertretern Kagan, William Kristol und Wolfowitz als pragmatisch bezeichnet (2004: 6), argumentiert *strategisch*. Er erachtet das Ziel einer weltweiten Demokratisierung, das er den zu ideologisch geprägten „Democratic Globalists“ wie Frum und Perle unterstellt, für unrealistisch im Blick auf die Erreichbarkeit (Krauthammer 2004: 5/6). Daher grenzt er die Demokratieförderung geographisch auf jene Regionen von strategischer Relevanz für die USA ein:

³² Fukuyama unterstellt vielen Neokonservativen wie Krauthammer, Frum und Perle eine „apokalyptische Sicht der Bedrohung“ (2006: xii, 66-94).

³³ Norman Podhoretz, „Warum wir Iran bombardieren müssen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. November 2007: 31; Jordan Mejjas, „Let's Bomb Iran“, in: F.A.Z. 8. November 2007: 35.

³⁴ Zum ideologisch geprägten Verständnis des Islam siehe Lynch (2008). Seines Erachtens sind die Neokonservativen die einzigen, die sich um Demokratie und Freiheit in der islamischen Welt sorgen. Eine Kritik am neokonservativen Kriegsdiskurs üben Halper/Clarke (2004: 273-295).

We will support democracy everywhere, but we will commit blood and treasure only in places where there is a strategic necessity – meaning, places central to the larger war against the existential enemy, the enemy that poses a global mortal threat to freedom. (2004: 6)

Für Krauthammer existieren im Nahen und Mittleren Osten die größten Gefahren von Krieg und islamistisch-fundamentalistischem Terror. Amerikanische *Sicherheitsinteressen* seien dort in ganz besonderem Maße betroffen.³⁵

Die Begründungen für den Irakkrieg

Bereits in den 1990er Jahren war ein Regimewechsel im Irak ein außenpolitisches Ziel der Neokonservativen. Zunächst hatte Anfang 1998 eine Gruppe, die sich 1997 als „Project for the New American Century“ (PNAC) mit Sitz im American Enterprise Institute (AEI) in Washington D.C. gegründet hat und in der Kagan, Irving und William Kristol, Podhoretz und Wolfowitz Mitglieder sind, in einem offenen Brief an Präsident Clinton einen Regimewechsel gefordert.³⁶ Als strategische Begründungen wurden die Gefahren, die vom Saddam-Regime und dessen Massenvernichtungswaffen für die Vereinigten Staaten und Israel sowie die Ölreserven in der Golfregion ausgingen, angeführt. Nach dem 11. September wurden diese Forderungen nach einer wenn nötig auch gewaltsam zu erreichenden Beseitigung des Regimes immer häufiger und offensiver formuliert, ergänzt um die Forderung nach einer Demokratisierung des Iraks.³⁷ Die Neokonservativen gehören zu den bedingungslosen Unterstützern des von der im Januar 2009 aus dem Amt geschiedenen Bush-Administration im April 2003 begonnenen (und im Grunde bis heute andauernden) Irakkrieges. Dieser Krieg ist für Frum und Perle (2004: 29) allerdings nur der erste Schritt einer groß angelegten Demokratisierungsoffensive im gesamten Nahen und Mittleren Osten.³⁸

Krauthammer führt in seiner Begründung für den Irakkrieg zum einen ideologische Argumente an. Im Irak werde sich eine liberale Gesellschaft etablieren, die den Weg in die Demokratie und damit in den Fortschritt, in die Moderne und die westliche Zivilisation finde. In einer Art Dominoeffekt würden alle anderen islamischen Länder von dieser Dynamik erfasst. Dadurch werde, so lautet zum anderen sein strategisches Argument, gleichzeitig der Nährboden für den Terrorismus ausgetrocknet. Die neuen Demokratien würden Frieden und Stabilität in der Region fördern und Amerika als einen politischen und wirtschaftlichen Partner ansehen. Die Demokratieförderung zielt im neokonservativen Verständnis also nicht nur darauf ab, eine demokratische Weltordnung nach „amerikanischen“ Vorstellungen zu schaffen. Diese Politik zielt auch darauf ab, neue demokratische Verbündete zu finden. Dadurch werde, so lautet das Argument, die Sicherheit für die Vereinigten Staaten gewährleistet (Kagan 2004; Krauthammer 2004: 6/7; Kristol/Kagan 1996: 27/28). Diese Neokonservativen beziehen sich in ihrer Argumentation, in der sich ideologische und strategische Aspekte nicht voneinander trennen lassen, auf drei Grundannahmen des Forschungsprogramms zum Demokratischen Frieden: die Friedfertigkeit von Demokratien untereinander und deren wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation.

Insbesondere in Krauthammers Begründung für den Irakkrieg wird ein ideologisches und strategisches Verständnis des „nationalen Interesses“ der USA sehr deutlich. Das Ziel der Demokratieförderung

³⁵ Eine kritische Bestandsaufnahme der Demokratisierungspolitik liefert Dalacoura (2005).

³⁶ Zum PNAC siehe <http://www.newamericancentury.org/>.

³⁷ Diese These, dass die Anschläge des 11. September den Neokonservativen ein „window of opportunity“ für den Irakkrieg bot, vertreten Daalder/Lindsay (2003: 78-97), Halper/Clarke (2004: 201-231), Keller (2008a: 165-183), Kubbbig (2004: 26-36) und Rudolf (2003).

³⁸ Auch Lawrence Kaplan und William Kristol kündigen an: „The mission begins in Baghdad, but it does not end there. Were the United States to retreat after victory into complacency and self-absorption, as it did the last time it went to war in Iraq, new dangers would soon arise. Preventing this outcome will be a burden, of which war in Iraq represents but the first instalment. But America cannot escape its responsibility for maintaining a decent world order“ (2003: 124/125). Siehe hierzu kritisch das Kapitel „Who’s Next?“ von Daalder/Lindsay (2003: 172-187).

begründet er als einen Selbstzweck und als Mittel für die so gewährleistete Sicherheit. Er bezieht sich dabei *explizit* auf die liberale Friedenstheorie:

The spread of democracy is not just an end but a means, an indispensable means for securing American interest. The reason is simple: Democracies are inherently more friendly to the United States, less belligerent to their neighbours, and generally more inclined to peace. [...] At some point, you have to implant something, something organic and self-developing. And that something is democracy. (2004: 6)

2.6 Exkurs: Der Einfluss der Neokonservativen auf George W. Bushs Außenpolitik

Die Neokonservativen gehören nicht nur zu den Befürwortern des „war on terror“ und des Irakkrieges. Kontrovers diskutiert wird auch, wie groß der neokonservative *Einfluss* auf die US-Außenpolitik, insbesondere auf die geschiedene Bush-Administration, ist bzw. war und inwieweit die Neokonservativen auch zu den Initiatoren des Krieges im Zweistromland zählen.³⁹ Es lassen sich drei Argumente anführen, die für einen großen Einfluss sprechen.

Erstens ist auffällig, wie sehr sich die *außenpolitischen Prinzipien* der Bush-Regierung mit neokonservativen Prinzipien (Kaplan/Kristol 2003: 79-125) decken: eine auf „regime change“ und Demokratisierung abzielende Außenpolitik, wenn nötig unter Anwendung von militärischer Gewalt⁴⁰; die Abkehr vom Multi- hin zum Unilateralismus, um die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit der USA zu gewährleisten; die Missachtung internationaler Institutionen und des Völkerrechts bzw. die Neuinterpretation des Völkerrechts, um militärische Präventivschläge gegen andere Staaten in Form von Interventionen und Angriffskriegen „zur Abwehr“ eines unmittelbar bevorstehenden oder zu erwartenden Angriffs durch diese Staaten als völkerrechtskonform zu legitimieren⁴¹; militärische Aufrüstung und Überlegenheit; schließlich eine krieglerische Rhetorik mit moralisierenden Elementen gegen einen Gegner, der als ideologischer Feind dargestellt wird. Ziele für militärische Präventivschläge sind die sogenannten „rogue states“ („Schurkenstaaten“) Iran, Irak (bis 2003), Kuba, Nordkorea und Syrien, denen die Unterstützung des internationalen Terrorismus, Tyrannei im Innern und Aggression nach außen und/oder der Besitz bzw. die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen unterstellt werden. Diese Staaten werden auch als „Achse des Bösen“ bezeichnet. Ex-Präsident Bush hat diese in ihrer Verbindung neuen Prinzipien erstmals in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar 2002⁴² und wenige Monate später in seiner Rede vor der Militärakademie in Westpoint⁴³ ausgeführt. Schließlich wurden diese Prinzipien in der National Security Strategy (NSS) von 2002 (in der überarbeiteten Fassung 2006) niedergeschrieben⁴⁴, die auch als „*Bush-Doktrin*“⁴⁵ bezeichnet wird.

Die Außenpolitik Bushs unterschied sich, wie in Kapitel 3 noch herausgearbeitet werden wird, vor allen Dingen in der *Mittelfrage* von der seines Vorgängers Clinton. Aber auch im Blick auf die gemeinsame Zielsetzung der Demokratieförderung lässt sich ein wesentlicher Unterschied erkennen: Der Clinton-

³⁹ Die These eines starken Einflusses vertreten George (2005), Halper/Clarke (2004: 201-231), Keller (2008a: 165-236), Kubbig (2004), Mearsheimer/Walt (2007), Monten (2005), Owens (2007) oder Williams (2005). Die Gegenthese vertreten Boot (2004) und Brooks (2004), denen man eine Nähe zu den Neokonservativen unterstellen kann, sowie Hurst (2005). Hurst unterscheidet in seiner Analyse des Einflusses verschiedener politischer Akteure auf die Außenpolitik der Bush-Administration zwischen Neokonservativen, den es um eine interventionistische Demokratisierungspolitik und ein „Nation-Building“ gehe, und (ult-)konservativen Nationalisten wie Rumsfeld und Cheney, denen es um eine Weltordnung gehe, in der die Verbreitung der Demokratie potentiell möglich ist.

⁴⁰ Zur Bedeutung der Demokratieförderung für die Bush-Administration siehe Monten (2005: 140-155). Monten beschreibt die gegenwärtige US-Außenpolitik als expansionistisch und interventionistisch. Siehe in diesem Zusammenhang Fußnote 70.

⁴¹ Zur Unterscheidung von „Prävention“ und „preemption“ siehe Arend (2004) und Müller (2003).

⁴² The White House, Office of the Press Secretary: „The President’s State of the Union Address“, 29. January 2002 (http://www.cse.org/informed/issues_template.php?issue_id=676).

⁴³ The White House, Office of the Press Secretary: „President Bush Delivers Graduation Speech at Westpoint“, 1. June 2002 (<http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/bush/westpoint.htm>).

⁴⁴ The White House, President George W. Bush: The National Security Strategy of the United States of America, 17. September 2002.

⁴⁵ Zur „Bush-Doktrin“ siehe Daalder/Lindsay (2003: 116-128), Rudolf (2003) und Wilzewski (2004).

Administration ging es zwar ebenfalls um die Verbreitung der Demokratie („Enlargement and Engagement“), dabei aber vor allen Dingen um den Schutz der etablierten Demokratien vor jenen Staaten, die durch politische Isolation und ein wirtschaftliches Sanktionsregime ausgeschlossen werden sollten (dies entspricht einer Exklusionslogik). Der Bush-Regierung ging es primär darum, mittels Regimewechsel die Gemeinschaft der Demokratien zu erweitern (dies entspricht einer Inklusionslogik). Daalder/Lindsay (2003: 1-16) und Rudolf (2003) vertreten daher die These von der „Bush-Revolution“ in der US-Außenpolitik. Keller spricht im Zusammenhang mit der „Bush-Doktrin“ von einer „*neokonservativen Revolution*“ (2008a: 183-193).

Zweitens wird anhand der *Rhetorik*⁴⁶ offensichtlich, welchen Stellenwert die *Demokratisierung* für die Bush-Regierung hatte:

America is pursuing a forward strategy of freedom in the greater Middle East. We will challenge the enemies of reform, confront the allies of terror, and expect a higher standard from our friend. [...] And above all, we will finish the historic work of democracy in Afghanistan and Iraq, so those nations can light the way for others, and help transform a troubled part of the world (George W. Bush, 2004)⁴⁷

In these momentous times, American diplomacy has three great tasks. First, we will unite the community of democracies in building an international system that is based on our shared values and the rule of law. Second, we will strengthen that community of democracies to fight the threats of our common security and alleviate the hopelessness that feeds terror. And third, we will spread freedom and democracy throughout the globe. That is the mission that President Bush has set for America in the world...and the great mission of American diplomacy today. (Condoleezza Rice 2005)⁴⁸

Der Irakkrieg lässt sich trotzdem nicht auf einen Demokratisierungskrieg reduzieren.⁴⁹

Drittens schließlich nahmen bzw. nehmen die Neokonservativen über ihre *Denkfabriken* (Think Tanks) wie das AEI, über die Zeitschriften „The Weekly Standard“, „Commentary“ und „The National Interest“, in denen Krauthammer, die Irving und William Kristol und Norman Podhoretz publizieren, sowie über Beratertätigkeiten, wie sie Perle (2001-2003) oder John Podhoretz für die Bush-Administration leisteten, Einfluss auf die öffentliche und die veröffentlichte Meinung sowie auf die Außenpolitik

⁴⁶ Miller (2005) arbeitet heraus, dass sich die Rhetorik führender Vertreter der Bush-Administration weitgehend mit der Rhetorik Frums, Perles und Podhoretz' deckt.

⁴⁷ The White House, Office of the Press Secretary: "State of the Union Address", 20. January 2004 (<http://www.americanrhetoric.com/speeches/stateoftheunion2004.htm>). Auch in einer Rede vor dem National Endowment for Democracy im November 2003 stellte Bush eine Strategy zur Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens vor: The White House, Office of the Press Secretary: „President Bush Calls for a Forward Strategy of Freedom to Promote Democracy in the Middle East, 6. November 2003.

⁴⁸ Condoleezza Rice, "As Prepared for Delivery". Opening Statement. Senate Foreign Relations Committee, January 18, 2005 (<http://foreign.senate.gov/testimony/2005/RiceTestimony050118.pdf>).

⁴⁹ Wilzewski (2006) nennt als die eigentlichen Motive der Bush-Regierung für den Krieg die zum damaligen Zeitpunkt vermuteten Massenvernichtungswaffen im Irak sowie die Verbindungen Saddams zum Al Quaida-Terrornetzwerk. Der Demokratieexport sei, so Wilzewski, erst dann als ein Kriegsziel formuliert worden, als die ursprünglichen Rechtfertigungsmuster nicht mehr ge-griffen hätten. In der Tat begründeten Bush und andere Kabinettsmitglieder im Vorfeld einen möglichen Irakkrieg als „preemptive action“ (so Richard Perle, „Next Stop, Iraq“, Rede vor dem Foreign Policy Research Institute in Philadelphia am 14. November 2001, <http://www.fpri.org/transcripts/annualdinner.20011114.perle.nextstopiraq.html>). Kubbig argumentiert unter Verweis auf Entscheidungsträger wie Wolfowitz ebenfalls, dass Massenvernichtungswaffen und Verbindungen zu Terrorgruppen den Ausschlag für die Kriegsentscheidung gegeben hätten. Darüber hinaus verweisen Kubbig (2004: 36) und Gilpin (2005) auf den Schutz der US-Truppen in der Region, den Schutz Israels (dieses Motiv unterstellt Gilpin vor allen Dingen den Neokonservativen, aber auch den Christlichen Rechten) und den zu sichernden Zugriff auf das Öl in der Region. Auffallend aber ist, dass in Bushs Reden zur Lage der Nation im Jahr 2005 und 2006 das Ziel der Demokratieförderung den wichtigsten Aspekt darstellt und die Erfolge im Irak betont werden. Der Kampf gegen den Terror wird nur noch am Rande, Massenvernichtungswaffen werden gar nicht mehr erwähnt.

George W. Bushs.⁵⁰ Während der Regierungszeit George W. Bushs hatten Neokonservative bzw. Personen, die Zugang zu dieser Gruppierung haben und dieser politisch nahe stehen, zudem einen direkten Zugang zum Regierungsapparat bzw. waren Mitglieder dieses Apparates. Dadurch konnten diese Personen ihre Ideen und Ziele in den außenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess einbringen.⁵¹

2.7 Die neokonservative Programmatik - Ein Resümee

Der Neokonservatismus entstammt der liberalen Denktradition in Amerika und stellt seit den 1940er Jahren eine spezifische Denkrichtung zwischen Liberalismus und Konservatismus dar. Er baut auf einem radikalen Antikommunismus und den beiden Ideen der Republik und der „nationalen Größe“ sowie einem daraus abgeleiteten ideologischen Verständnis des „nationalen Interesses“ der USA auf. Den Kern dieser Ideen bildet die Überzeugung, dass die amerikanische Demokratie die attraktivste und überlegene Gesellschaftsform ist, und dass die „amerikanischen“ Werte von Freiheit und Demokratie universal sind. Hier kommen ein ideell überhöhter und verklärter Amerika-Zentrismus sowie ein als progressiv dargestellter Nationalismus zum Ausdruck. Neokonservative beziehen sich dabei auf ein liberales Verständnis des „American Exceptionalism“. Aus den Ideen und dem Interessenverständnis leiten sie ihre Ziele für die Innen- (die Erneuerung der Republik) und für die US-Außenpolitik ab. Zwei der wichtigsten außenpolitischen Ziele sind die Demokratisierung anderer Staaten und die weltordnungspolitische Führungsrolle der Vereinigten Staaten. Die Neokonservativen zeichnen sich dabei durch eine militärische Konfrontationsbereitschaft und einen Interventionismus aus. Die Verbreitung von Demokratie und Freiheit in der Welt erachten sie als politische Bestimmung und moralische Mission Amerikas, womit ein missionarisches Sendungsbewusstsein einhergeht. Amerikanische Außenpolitik ist im neokonservativen Verständnis immer wertgebunden und damit ideologisch. Die Neokonservativen begründen auch die Auseinandersetzung mit der islamischen Welt ideologisch und sehen nach Ende des Kalten Krieges im Islamismus den neuen Feind der „freien Welt“. Allerdings zeichnen sie sich, wie das Beispiel des Irakkrieges zeigt, auch durch rationale und strategische Begründungen einer auf Demokratieförderung abzielenden Außenpolitik aus, die im amerikanischen Interesse liege und zu Wohlfahrt, Sicherheit und Frieden führe.

Die Neokonservativen beziehen sich zur Begründung einer demokratisierenden Außenpolitik also sowohl auf die liberal-internationalistische Tradition, die auf Woodrow Wilson zurückgeht, als auch auf die liberale Friedenstheorie. Diese Bezugnahmen gilt es zu problematisieren, da sie irreführend sind und beiden Ansätzen nicht gerecht werden.

3. Liberale Kritiken an der neokonservativen außenpolitischen Programmatik

Desch verortet sowohl Wilsons Doktrin der „Democracy Promotion“ und den liberal-internationalistischen Ansatz in der US-Außenpolitik als auch Kants Friedensschrift und das Forschungsprogramm zum Demokratischen Frieden sowie die Neokonservativen in der liberalen amerikanischen Denktradition (2007: 12-25).⁵² Dies ist eine *zu undifferenzierte* Darstellung. Denn trotz des gemeinsamen liberalen Ursprungs sind diese Ansätze klar voneinander zu unterscheiden. In diesem Kapitel wird die Frage erörtert, inwieweit die Neokonservativen in der Tradition Wilsons und Kants

⁵⁰ Zum Einfluss neokonservativer Think Tanks siehe Homolar-Riechmann (2003).

⁵¹ Zu nennen sind der ehemalige Vizepräsident Dick Cheney, der ehemalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (2001-2006), der ehemalige stellvertretende Außenminister Richard Armitage (2001-2005), der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz (2001-2005), der ehemalige Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen, John Bolton (2005-2006) sowie der ehemalige Botschafter der Vereinigten Staaten in Afghanistan (2003- Juni 2005), im Irak (Juli 2005- März 2007) sowie bei den Vereinten Nationen, Zalmay Khalilzad. Wolfowitz gilt als Prototyp eines Neokonservativen. Bei allen anderen genannten Personen ist das umstritten. Diese Personen sind aber Mitglied im PNAC bzw. gehören zu den Unterzeichnern des Briefes an Präsident Clinton aus dem Jahr 1998. Zum Kriegskabinett Bushs und dem neokonservativen Einfluss siehe Daalder/Lindsay (2003: 17-34, 50-61), Keller (2008a: 167-215) und Mann (2004).

⁵² Zur liberalen Denktradition siehe Fußnote 13.

stehen. Ein Vergleich zwischen diesen Ansätzen soll die Gemeinsamkeiten und die wesentlichen Unterschiede verdeutlichen.

3.1 Neokonservative Außenpolitik: „*Wilsonianism Resurgent*“?

Den Neokonservativen geht es um die Verbreitung der Demokratie und Freiheit in der Welt. Ihr außenpolitischer Ansatz ist also internationalistisch. Norman Podhoretz argumentiert auch unter Bezugnahme auf Wilson mit dem Prinzip „to make the world safe for democracy“ (1999: 25). Allerdings kann man nur *bedingt* von einem Ansatz sprechen, wie ihn Wilson damals vertreten hat und wie ihn liberale Internationalisten, die sich in der Tradition Wilsons verorten und daher auch als „Neo-Wilsonians“ bezeichnen, heute insbesondere gegen die Isolationisten vertreten.⁵³

Gemeinsamkeiten zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten

Neokonservative und liberale Internationalisten, die beide der liberalen Denktradition in Amerika entstammen und sich auf einen „American Exceptionalism“ beziehen, teilen *Ursprung* und die grundsätzliche *Zielsetzung* in der US-Außenpolitik: *Demokratieförderung*. Das Ziel der Verbreitung von Demokratie und Marktwirtschaft stand bereits im Fokus der außenpolitischen Programmatik des „Enlargement and Engagement“ von Anthony Lake. Lake hatte als Nationaler Sicherheitsberater unter Präsident Clinton die Doktrin des liberalen Internationalismus als offizielle Strategie in der amerikanischen Außenpolitik durchgesetzt.⁵⁴ In Lakes Strategiepapier aus dem Jahr 1993 stehen drei Aspekte im Mittelpunkt: die Stärkung der bestehenden Gemeinschaft der Demokratien und Marktwirtschaften, die Unterstützung neuer Demokratien und Marktwirtschaften sowie der Schutz der größer gewordenen demokratischen internationalen Gemeinschaft:

The third element of our strategy of enlargement [beside „Strengthening the Community of Major Market Democracies“ and „Fostering New Democracies and Market Economies“] should be to minimize the ability of states outside the circle of democracy and markets to threaten it (Lake 1993).

Demokratieförderung durch politischen Druck, Wirtschaftssanktionen oder militärische Interventionen waren bei Lake nicht angelegt. In Clintons Rede zur Lage der Nation aus dem Jahr 1994 wird der „Vormarsch der Demokratien“ unterstützt: „Ultimately, the best strategy to ensure our security and to build a durable peace is to support the advance of democracy elsewhere“.⁵⁵ In der aus Lakes Papier entwickelten „National Security Strategy for Engagement and Enlargement“ aus dem Jahr 1995 schließlich wird das Ziel einer erweiterten demokratischen Gemeinschaft formuliert: „All of America’s strategic interests are served by enlarging the community of democratic and free market nations“.⁵⁶ Die Idee der Demokratieförderung ist also nicht nur in der neokonservativen, sondern auch in der liberal-internationalistischen Außenpolitikschule ein wesentlicher Aspekt. Kaplan und Kristol beziehen sich auch explizit auf Clintons Ansatz (2003: 50-62) Die Geschichte der US-Außenpolitik ist durch diese

⁵³ Zum Internationalismus bzw. zu Wilson und seinem Ansatz siehe Ambrosius (2002), Anthony (2008), Ikenberry (2001), McDougall (1997), Ninkovich (1999), Schwabe (2006), Smith (1994b) und Steigerwald (1994). Zu den „Neo-Wilsonians“ siehe Cox (2000), Doyle (1999), Gourevitch (2007), Ikenberry (2000), Smith (1994a) und Tomasky (2007). Zur konkurrierenden isolationistischen außenpolitischen Schule siehe Gholz/Press/Sapolsky (1997) und Schneider (1997). Zur Debatte zwischen Isolationisten und Internationalisten siehe Caesar (2000) und Rudolf (1999).

⁵⁴ Zur Strategie „Engagement and Enlargement“ siehe US Department of State: „From Containment to Enlargement – Assistant to the President for National Security Affairs Anthony Lake – Transcript“. Johns Hopkins University School of Advanced International Studies Washington D.C., September 27 (<http://www.mtholyoke.edu/acad/intrel/lakedoc.html>).

⁵⁵ „Address before a Joint Session of the Congress on the State of the Union, January 25, 1994“, in: Public Papers of the Presidents of the United States: William J. Clinton, 1994, Book 1, Washington D.C.: Government Printing Office 1994, 132.

⁵⁶ „The White House, President William J. Clinton 1995: A National Security Strategy of Engagement and Enlargement. February 1995“, hier vor allen Dingen das Kapitel „Democracy Promotion“, (http://www.dtic.mil/doctrine/jel/research_pubs/nss.pdf).

Idee, die bereits in der Monroe-Doktrin von 1823 angelegt ist, gekennzeichnet.⁵⁷ Im Kern geht es um eine Weltordnung, in der sich alle Demokratien unter amerikanischer Führung zusammenschließen. Kagan (2008a; 2008b) spricht in diesem Zusammenhang von der „Liga der Demokratien“. In Ursprung und Zielsetzung erschöpfen sich allerdings die Gemeinsamkeiten zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten.

3.2 Unterschiede zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten

(1) Der Stellenwert der Demokratieförderung und die Rolle der Ideologie

Es lassen sich bereits in der Frage der Prioritätensetzung und in der Begründung einer Demokratisierungspolitik Unterschiede zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten herausarbeiten. Als Begründung der Demokratieförderung führen Kagan, William Kristol oder Podhoretz neben strategischen vor allen Dingen ideologische Argumente wie die Überlegenheit des eigenen Gesellschaftsmodells oder den Kampf gegen einen ideologischen Feind an. Damit geht eine moralisierende und kriegereisiche Rhetorik einher.

Auch die liberalen Internationalisten begründen das Ziel der weltweiten Demokratieförderung sowohl strategisch als auch ideologisch. Aber bereits für Wilson war die Demokratisierung trotz allem missionarischen Eifer und seiner ideologischen Überzeugung von der Progressivität des amerikanischen Gesellschaftsmodells nur *ein* Ziel auf seiner außenpolitischen Agenda. Auch die liberalen Internationalisten formulieren die Demokratisierung anderer Staaten lediglich als *ein* Ziel. Eine Demokratisierungspolitik wurde in der Ära Clinton nicht selten zugunsten anderer ökonomischer oder strategischer Ziele wie bspw. die Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO), die Abrüstungsvereinbarungen mit Russland oder die Gründung des NATO-Russland-Kooperationsrat als zweitrangig verfolgt (Cox 2000). Jedenfalls genießt das Ziel der Demokratieförderung auf der Agenda der liberalen Internationalisten nicht den *Stellenwert*, den es auf der neokonservativen Agenda hat. Cox bewertet sowohl Wilsons als auch Clintons Außenpolitik zudem als *weniger ideologisch* und weniger auf die Zielsetzung von Demokratieförderung fixiert, sondern als pragmatisch. Clinton unterscheidet sich nur insofern von Wilson, als sein Ansatz erfolgreicher gewesen sei.

(2) Die Wahl der Mittel in der Außenpolitik

Was Neokonservative und liberale Internationalisten ganz wesentlich unterscheidet, ist zum einen die *Wahl der Mittel* einer auf Demokratieförderung abzielenden Außenpolitik. Liberale Internationalisten betonen den *Multilateralismus* (die Außenministerin der Clinton-Administration, Madeleine Albright, prägte den Begriff des „assertive multilateralism“) in der amerikanischen Außenpolitik, die Rolle der Vereinten Nationen (UNO) und anderer internationaler *Institutionen* bzw. Organisationen sowie das *Völkerrecht*. Die Demokratisierung anderer Staaten soll mit friedlichen Mitteln und mit Hilfe dieser internationalen Gremien, in deren Rahmen die Vereinigten Staaten zusammen mit anderen Staaten für Demokratie und Marktwirtschaft werben, erreicht werden. Im Umgang mit nicht-demokratischen Staaten soll die internationale Gemeinschaft unter Führung der USA auf alle verfügbaren diplomatischen, politischen und ökonomischen Mittel zurückgreifen. Militärische Interventionen und der Einsatz von Gewalt spielen dabei keine Rolle. Den Einsatz militärischer Drohungen und Gewalt gegen die „rogue states“ oder „backlash states“ (Lake 1994) Iran, Irak, Kuba, Libyen, Nordkorea und Syrien, die bereits in den 1990er Jahren offiziell der Proliferation von Massenvernichtungswaffen verdächtigt wurden,

⁵⁷ Zur Idee der Demokratieförderung aus historischer Perspektive siehe Daase (2006). Zur Monroe-Doktrin siehe Brock (2002) und Dent (1999). Präsident Monroe zielte allerdings auf die Verbreitung der Demokratie und des republikanischen Friedens innerhalb der amerikanischen Hemisphäre, also in Latein- und Mittelamerika, ab. Auch Wilson bezog sich auf die Monroe-Doktrin und rechtfertigte seine inneramerikanische Interventionspolitik als „anti-interventionistisch“. Die Doktrin wurde auch von Isolationisten unterstützt, weil sie zum einen gegen die politische, ökonomische und militärische Einmischung der europäischen Kolonialmächte in ihre ehemaligen Kolonien gerichtet war und andererseits ein amerikanisches Engagement in Europa verhindern sollte.

verstehen liberale Internationalisten als *Ultima Ratio* in der Außenpolitik. Die Außenpolitik Clintons zeichnete sich dadurch aus, dass die „Schurkenstaaten“ im Rahmen zwar diplomatisch isoliert, ökonomisch sanktioniert (bspw. durch das Helms-Burton-Gesetz von 1996) und militärisch abgeschreckt wurden.⁵⁸ Auf den Einsatz von militärischer Gewalt wurde bis auf ganz wenige Ausnahmen verzichtet. Diese Ausnahmen, wie die Bombardierung irakischer Militärbasen im Nordirak 1998, dienten der Durchsetzung von UN-Resolutionen wie bspw. dem Schutz der kurdischen Bevölkerung oder erfolgten im Rahmen „Humanitärer Interventionen“.⁵⁹

Neokonservative betonen die Prinzipien der uneingeschränkten Handlungsfreiheit der USA und des *Unilateralismus* und sprechen der UNO und anderen internationalen Institutionen sowie dem Völkerrecht wenig bis gar keine Bedeutung zu. Krauthammer erachtete die Handlungsfähigkeit Amerikas durch Multilateralismus und die UNO als eingeschränkt (2004: 2/3). Darüber hinaus bezeichnet er die Überzeugung, Demokratie könne mit Hilfe internationaler Institutionen verbreitet werden, als utopisch (2004: 6). Die Skepsis der Neokonservativen, das Völkerrecht und internationale Institutionen könnten gravierende Sicherheitsprobleme lösen, reicht bis in die 1970er Jahre zu den außenpolitischen Vordenkern zurück (Fukuyama 2006: 1-11).⁶⁰ Neokonservative fordern im Umgang mit den „Schurkenstaaten“ Regimewechsel und Demokratisierung. *Gewalt* in Form militärischer Interventionen wird dabei als ein *legitimes Mittel* erachtet. Einige Neokonservative bezeichnen sich daher als „Wilsonians in Boots“⁶¹.

Neokonservative als „Wilsonians in Boots“?

Der Bezug auf Wilson ist auch in diesem Zusammenhang nicht angemessen. Der neokonservative Ansatz in der Außenpolitik *widerspricht* einer von Wilson seinerzeit geforderten anti-imperialistischen Friedenspolitik der Vereinigten Staaten.⁶² Wilsons Friedenspolitik zielte auf das Ende der europäischen Machtpolitiken und der daraus resultierenden kontinentalen Kriege sowie auf die Gründung des Völkerbundes und eine Friedensordnung gleichberechtigter Staaten ab, die sich auf das Selbstbestimmungsrecht berufen können sollten. Wilson wollte eine Welt schaffen, in der die Verbreitung der Demokratie grundsätzlich möglich war. Im Rahmen dieser Friedensordnung sollten die USA zwar die Führungsrolle übernehmen und die nichtdemokratischen Staaten - allen voran Russland und das deutsche Kaiserreich - durch politischen oder ökonomischen Druck sowie durch ideologische Argumente zu einem friedlichen Transformationsprozess bewegen. Die Demokratisierung sollte aber letztlich nicht aufgezwungen oder militärisch durchgesetzt werden, sondern eine Form demokratischer Selbstbestimmung darstellen.

Man kann Wilson also durchaus unterstellen, in der Konsequenz an eine Welt bestehend aus Demokratien gedacht und diese auch politisch eingefordert zu haben. Wilson hatte nämlich im Blick auf die zahlreichen nichtdemokratischen Länder und die ungeklärten Minderheitenfragen in Südosteuropa das

⁵⁸ Zu dieser Strategie des „dual containment“ siehe Lake (1994). Diesen Hinweis (sowie den Hinweis auf eine mögliche Unterscheidung zwischen Clintons Inklusions- und Bushs Exklusionslogik) verdanke ich der Seminararbeit „*Rogue States* - Liberale Weltordnungspolitik unter Clinton und George W. Bush“ von Ann-Christin Focke im Rahmen des Seminars „Die Weltordnungspolitik der USA“, das ich im Wintersemester 2007/08 angeboten habe. Focke arbeitet die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Außenpolitiken Clintons und Bushs im Blick auf Ziele und Mittel im Umgang mit den „Schurkenstaaten“ und dem Ziel eines Regimewechsels bzw. der Demokratieförderung sowie die Unterscheidungsmerkmale beider Außenpolitiken heraus, die vor allen Dingen in der Wahl der Mittel zum Ausdruck kommen.

⁵⁹ Zur Außenpolitik Clintons siehe Brinkley (1997) und Keller (2008b).

⁶⁰ Eine Ausnahme unter den Neokonservativen ist Fukuyama. Er bietet seinen außenpolitischen Ansatz eines „realistischen Wilsonianismus“ als Alternative zu Krauthammer und den anderen außenpolitischen Denkschulen an. Andere Staaten würden die weltordnungspolitische Führungsrolle der USA und deren Demokratisierungspolitik dann akzeptieren, wenn sich die Mittel einer solchen Politik auf Wirtschaft- und Entwicklungshilfe sowie auf einen Multilateralismus in internationalen Institutionen (wie der UNO, NATO und OSZE, die Fukuyama als Modell für die islamische vorschlägt) konzentrierten und Entwicklungen in anderen Staaten ernst genommen würden (Fukuyama 2006: 8-11, 181-194; Fukuyama/McFaul 2008).

⁶¹ Zum Begriff der „Wilsonians in Boots“ und seiner Verwendung siehe Keller (2008a: 165ff).

⁶² Zum US-amerikanischen Imperialismus siehe Long/Schmidt (2005), Schmitt (1932/33), Smith (1982) und Wehler (1987).

Selbstbestimmungsrecht der Völker, das er in seiner Rede am 11. Februar 1918 vor dem US-Kongress in seinen „Vier Punkten“ postulierte, konditioniert. Er erachtete den im Selbstbestimmungsrecht angelegten Universalismus eines Autonomiepostulates, auf das sich auch die nichtdemokratischen Staaten und sämtliche ethnische oder nationalistische Sezessionsbewegungen hätten berufen können, als zu gefährlich im Blick auf sein Ziel. Daher versuchte er, diesen Dynamiken dadurch entgegenzuwirken, das Recht auf Selbstbestimmung durch demokratische Standards zu konditionieren. Wilsons Politik war also den realpolitischen Umständen der damaligen Zeit in Europa geschuldet. Dies spricht einerseits für sein macht- und realpolitisches Kalkül.

Im Rahmen ihrer Führungsrolle sollten die Vereinigten Staaten, und hier liegt der entscheidende Unterschied zwischen den Ideen Wilsons und den neokonservativen Vorstellungen amerikanischer Führungsmacht, multilateral im Rahmen des Völkerbundes und anderer internationaler Institutionen sowie des geltenden Völkerrechts agieren und die Androhung und die Anwendung von militärischer Gewalt als *Ultima Ratio* verstehen.⁶³ Wilson hatte lange gezögert, bevor er 1917 militärisch in den Ersten Weltkrieg eintrat. Sein Ziel war es allerdings gewesen, mit dem Ende des Krieges weitere Kriege in Europa zu verhindern. Wilson hatte daran geglaubt, die Vereinigten Staaten könnten ihr militärisches Engagement in Europa auf ein Beistandsabkommen mit Frankreich für den Fall eines erneuten deutschen Angriffs reduzieren und sich nach dem Abschluss eines Friedensvertrages und der Etablierung einer europäischen Friedensordnung, die durch den Völkerbund abgesichert werden sollte, schrittweise aus Europa zurückziehen. Außerdem vertraute der progressive Wilson auf die Erkenntnis und Bereitschaft der europäischen Monarchen und Völker, einen Demokratisierungsprozess in Gang zu setzen. Dies spricht andererseits für den naiven Idealisten Wilson, der jene Machttriebe unterschätzte, die Carr und Morgenthau als Bedingungsfaktoren internationaler Politik zu erkennen glaubten, für die Wilson blind gewesen sei.⁶⁴ Jedenfalls war es nie das Ziel Wilsons gewesen, den deutschen Kaiser oder den russischen Zaren gewaltsam zu beseitigen und demokratische Regierungen einzusetzen.

Die Neokonservativen hingegen zögern nicht, militärische Gewalt für ihre politischen Ziele anzuwenden. Darüber hinaus kann man ihnen Imperialismus vorwerfen, da sie eine Vorstellung vom Zentrum Amerika und der weltweiten Peripherie haben, ihre liberale Ideologie in die Welt tragen und dazu auch militärische Zwangsmaßnahmen anwenden.⁶⁵

Der Umgang mit dem Völkerrecht

Auch im Blick auf den Umgang mit dem *Völkerrecht* sind Neokonservative und liberale Internationalisten klar voneinander zu unterscheiden. Die Anwendung von militärischer Gewalt ist im Verständnis der liberalen Internationalisten an zwei Ausnahmefälle des in der UN-Charta kodifizierten allgemeinen Gewalt- und Interventionsverbotes (Art. 2) gebunden: erstens an ein Mandat durch den UN-Sicherheitsrat für Maßnahmen zur Wiederherstellung des bedrohten Friedens und/oder der internationalen Sicherheit (Kapitel VII-Maßnahmen). Der Gewalteeinsatz zielt auf ein Einschreiten der internationalen Gemeinschaft bei humanitären Katastrophen oder zur Beendigung eines Völkermordes und/oder anderer Kriegsverbrechen und/oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ab. Die zweite Ausnahme sind Maßnahmen zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung (Art. 51). Die Militäreinsätze der

⁶³ Wilson hatte militärische Gewalt als Mittel in der Politik nie ausgeschlossen, insbesondere in seiner Regionalpolitik, die er mit Verweis auf die Monroe-Doktrin als Einmischung in die eigene Hemisphäre legitimierte. Zu den militärischen Interventionen Wilsons in Haiti 1915 und in Mexiko 1916 siehe Anthony (2008: 242-245).

⁶⁴ Edward H. Carr (1939) stellt Wilson als naiven Idealisten ohne Sinn für Macht als Bestimmungsfaktor in der internationalen Politik dar. Cox (2000) und Gelfand (1994) relativieren diese Lesart und arbeiten die machtpolitischen Aspekte in Wilsons Außenpolitik heraus.

⁶⁵ Zur Diskussion eines imperialen Moments im Neokonservatismus siehe Keller (2008a: 224-234). Zu den imperialen Ambitionen der Vereinigten Staaten, insbesondere unter der Präsidentschaft George W. Bushs, siehe Hoffman (2004), Ikenberry (2002), Joffe (2006) und Rudolf (2007).

USA und ihrer Alliierten gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits 1991 oder der Einsatz der NATO in Bosnien 1995 im Auftrag des UN-Sicherheitsrates waren solche völkerrechtsmäßige Einsätze. Die Neokonservativen hingegen sind dazu bereit, das geltende Völkerrecht außer Kraft zu setzen bzw. neu zu interpretieren. Die Vereinigten Staaten sollen sich nicht durch völkerrechtliche Normen wie das Gewalt- und Interventionsverbot in ihrer Handlungsfähigkeit einschränken lassen. Militärische Präventivschläge werden als Erweiterung des Selbstverteidigungsrechts zu legitimieren versucht.

(3) Die Rhetorik

Ein weiteres wesentliches Unterscheidungsmerkmal zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten ist die Überzeugung Ersterer, bei der Demokratieförderung handele es sich nicht nur um eine politische Bestimmung, sondern auch um eine moralische Mission Amerikas.⁶⁶ Das Argument lautet, dass aus der moralischen Erneuerung der Republik eine moralische Außenpolitik und damit der Anspruch folgen müssen, die Werte der Demokratie und der Freiheit zu verbreiten (Bennett 2000: 303, Kristol/Kagan 1996: 27):

The remoralization of America at home ultimately requires the remoralization of American foreign policy. For both follow from Americans' belief that the principles of the Declaration of Independence are not merely the choices of a particular culture but are universal, enduring, self-evident truths. (Kristol/Kagan 1996: 31)

Dabei werden die „amerikanischen“ Werte als universale moralische Standards beansprucht. Die Bezüge zum „American Exceptionalism“ und ein verklärtes Selbstbild werden auch hier deutlich. Im Blick auf dieses Moralverständnis sind die Neokonservativen durchaus mit dem Christen calvinistischer Prägung, Wilson, in Zusammenhang zu bringen. Wilson hatte ebenfalls von einer moralischen Mission Amerikas gesprochen, und diese sowohl rassistisch als auch religiös als die Aufgabe des weißen Mannes, der im Auftrag des Messias handelt, begründet.⁶⁷ Allerdings argumentieren nur sehr wenige Neokonservative religiös. Unter liberalen Internationalisten findet sich eine derart *moralisierende Rhetorik* jedenfalls nicht.

Mit diesem neokonservativen Moral- geht schließlich auch das Selbstverständnis insbesondere der jüngeren Neokonservativen einher, Amerika müsse nach dem Ende des Kalten Krieges Weltführungsmacht sein und eine internationale Ordnung nach eigenem Ermessen gestalten. Joshua Muravchik ist von dieser Rolle und Aufgabe, die natürlich auch Kosten für die Vereinigten Staaten mit sich bringe, überzeugt:

This book is an argument. It is an argument for a certain kind of U.S. foreign policy now that the cold war is behind us. It is an argument for a foreign policy that is engaged, proactive, interventionist, and expensive. [...] America must accept the role of world leader. [...] This book makes the case for accepting those burdens and responsibilities. (Muravchik 1996a: 1)

Auch Krauthammer und Samuel Huntington bezeichnen die USA als die einzig verbliebene Weltmacht, deren außenpolitische Ziele die Vorherrschaft („primacy“) und der Erhalt eines „unipolar moment“⁶⁸ sowie Sicherheit und eine internationale Ordnung demokratischer Staaten sein müssen. Diese Ziele

⁶⁶ Zum Moralverständnis der Neokonservativen siehe Guelke (2005).

⁶⁷ Zur Rolle des Calvinismus im Zusammenhang mit dem „American Exceptionalism“ siehe Monten (2005: 120/121). Zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen Neokonservativen und den Christlichen Rechten bzw. radikalen Evangelikalen siehe Croft (2007), Gold (2004) und Halper/Clarke (2004: 182-200).

⁶⁸ Zu diesen Begriffen siehe Krauthammer (1991, 2002) und Huntington (1993, 1999).

könnten erreicht werden, indem die USA ihre „nationale Größe“ demonstriert, ihre moralischen Werte überall auf der Welt verteidigt und dazu bereit ist, unilateral zu handeln und wenn nötig auf die überlegenen militärischen Kapazitäten zurückzugreifen (Muravchik 1996b). Diese Neokonservativen schreiben Amerika eine Verantwortung für eine stabile und friedliche Welt zu (Kaplan 2003: 1-3) und berufen sich in diesem Zusammenhang auf das Konzept des „benevolent empire“⁶⁹. Sie gehen davon aus, dass alle vernünftigen Menschen die „gute“ amerikanische Hegemonie anerkennen, weil sie die gleichen Werte und den Wunsch nach Demokratie teilen. Mit der Führungsrolle und Verantwortlichkeit für den Frieden in der Welt begründen die Neokonservativen schließlich die Glaubwürdigkeit und die Legitimität Amerikas (Krauthammer 2004: 1, 4, 6). Im Diskurs der liberalen Internationalisten, die die Idee der weltordnungspolitischen Rolle Amerikas teilen, spielen Begriffe wie „primacy“ und „unipolar moment“ keine Rolle.

Zwischenfazit: Liberale Ideologie als Bestimmungsfaktor amerikanischer Außenpolitik

Die liberale Ideologie spielt sowohl für die Neokonservativen als auch für die liberalen Internationalisten eine grundsätzlich wichtige Rolle. Die Idee der Verbreitung von Demokratie bildet den Kern der liberalen Denktradition in Amerika, der beide entstammen, und wird bereits seit der Präsidentschaft Monroes als eines der wichtigsten Ziele in der amerikanischen Außenpolitik verstanden. Ebenso vertreten Neokonservative und liberale Internationalisten die Idee eines „American Exceptionalism“. Beide teilen die Überzeugung, Amerika sei ein leuchtendes und nachahmenswertes Beispiel, und die „amerikanischen Werte“ müssten in der Welt verbreitet werden.⁷⁰ Was beide aber klar voneinander *unterscheidet* sind der Stellenwert der Demokratieförderung als ein Ziel in der US-Außenpolitik, die Gewichtung ideologischer Argumente in der Begründung des Ziels, die Wahl der Mittel und die Rhetorik.

Desch vertritt hingegen die These, dass auch diejenigen liberalen Internationalisten, die besonders stark durch die Überzeugung eines „American Exceptionalism“ und den Missionierungsgedanken geprägt sind und das Ziel der Demokratisierung besonders stark verfechten, zu „illiberal policies“ und machtpolitischen Exzessen neigen. Darunter versteht Desch sowohl eine interventionistische und kriegsrische Außenpolitik als auch die Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten in Amerika im Rahmen des „war on terror“. Er verweist auf Folterpraktiken und auf den Umgang mit den Gefangenen in Guantanamo, der sich in einer rechtlichen Grauzone bewegt und mittlerweile amerikanische Gerichte beschäftigt (2007: 25-34). Für Desch sind die Unterschiede zwischen radikalen Liberalen und Neokonservativen im Blick auf die Mittel in der Außenpolitik also gar nicht so groß. Seine provokante These lautet, dass der „liberal illiberalism“ (2007: 11-14, 17-19) ebenfalls in der liberalen amerikanischen Denktradition, die sich auf Kant beruft, angelegt ist. Die seines Erachtens immer größer werdende Spannung zwischen liberalen Ideen wie jenem der Demokratieförderung auf der einen Seite und „illiberal policies“ auf der anderen Seite bezeichnet Desch als „the paradox of Liberalism“ (2007: 15-17).⁷¹

⁶⁹ Siehe dazu Kristol/Kagan (1996), Kagan (1998, 2003) und William Kristol (2003).

⁷⁰ Monten unterscheidet „two schools of Democracy Promotion“: „exemplarism“ und „vindicationism“ (2005: 123-129). Die Vertreter eines „exemplarism“ zielten darauf ab, dass sich Amerika als Demokratie konsolidiert, immer wieder kritisch hinterfragt und dadurch als leuchtendes Beispiel vorangeht und andere Staaten zur freiwilligen Nachahmung des eigenen attraktiven Gesellschaftsmodells anregt. Dieses moderate Verständnis des „American Exceptionalism“ unterstellt Monten den Gründervätern wie Abraham Lincoln, George Washington und Thomas Jefferson (2005: 129-135). Die Vertreter eines „vindicationism“ fordern im Gegensatz dazu eine aktive und interventionistische US-Außenpolitik mit dem Ziel, andere Staaten wenn nötig gewaltsam zu demokratisieren (Monten 2005: 135-140). Dieses radikale Verständnis von Demokratieförderung, gepaart mit einer nationalistischen Ideologie, einem verklärten Selbstbild als „unfehlbare Nation“ und einem missionarischen Sendungsbewusstsein, unterstellt Monten sowohl Wilson und den „Neo-Wilsonianern“ als auch den Neokonservativen und der Bush-Regierung (2005: 140-155).

⁷¹ Auch Halper/Clarke (2004: 273-295) verweisen auf die Folgen eines postulierten permanenten Kriegszustandes für die amerikanische Gesellschaft wie die Pressezensur und der staatliche Kontrollapparat.

3.3 Krauthammers „Democratic Realism“

Krauthammer bezeichnet sich als einen „Democratic Realist“ und grenzt sich von den außenpolitischen Realisten, liberalen Internationalisten, Isolationisten und den „Democratic Globalists“ aus den eigenen Reihen ab (2004: 2-6). Diese *irreführende* Bezeichnung erklärt sich vor dem Hintergrund seiner diffusen Annahmen. Hinter Krauthammers Vision einer demokratisierten islamischen Welt, die eine Zone des Friedens, der Kooperation und der Sicherheit darstellt, stehen zum einen zwei „*idealistische*“ Annahmen: Erstens, dass die amerikanische Demokratie das attraktivste Gesellschaftsmodell ist, nach der alle Menschen streben und die zu Fortschritt, Wohlstand und Frieden führt. Zweitens, dass sich alle Staaten von der Vorherrschaft der USA überzeugen lassen und sich der amerikanischen Führungsrolle und Politik unterordnen („bandwaggoning“) und auf eine Politik der Gegenmachtbildung („balancing“) verzichten. Sollte dieses erwartbare Verhalten nicht eintreten und sollten sich die Regierungen der islamischen Länder einer Demokratisierung und Zusammenarbeit verweigern, könnten die Vereinigten Staaten, so lautet Krauthammers *machtpolitisches* Argument, auf ihre militärischen Kapazitäten zurückgreifen und mit der Androhung und/oder Anwendung von Gewalt reagieren.⁷²

Angesichts dieser eigentümlichen Vermischung aus „idealistischen“ Annahmen auf der einen Seite und der Betonung der amerikanischen Interessen, strategischen Zielsetzungen sowie machtpolitischen Drohungen auf der anderen Seite bezeichnet Krauthammer seinen Ansatz als „Democratic Realism“, der allen anderen außenpolitischen Schulen überlegen sei, da er die Bedeutung von Demokratie und Macht in den Mittelpunkt stelle (2004: 6). Auch Kaplan und Kristol teilen dieses Verständnis einer „philosophy that seeks to combine the most successful elements of realism and idealism“ (2003: 63-68, hier 63). Hier kommt die für viele Neokonservative der jüngeren Generation charakteristische Verbindung aus einem spezifischen Verständnis des Idealismus/Liberalismus und des Realismus zum Ausdruck. Neokonservative wollen „liberale Idealisten“ und „Realisten“ zugleich sein:

Neokonservative Außenpolitik könnte man als *Realismus mit ideologischer Infusion* verstehen, sie oszilliert zwischen harter Macht und harter Moral. (...) Der Spannung zwischen Realismus und Idealismus, Macht und Moralpolitik kommt immense Bedeutung zu, weil sich aus ihr der Anspruch des Neokonservatismus herleitet, eine eigenständige außenpolitische Haltung zu sein. (Keller 2008a: 19/20)

Diese Beschreibung ist nicht nur irreführend, sondern spricht auch für ein *eingeschränktes Verständnis* der Disziplingeschichte und der beiden Denkschulen. Erstens erkennt Krauthammer die Tragweite der Spannungen zwischen Idealismus/Liberalismus und Realismus in der Außenpolitik nicht. Diese Spannungen standen im Zentrum der „First Debate“ zwischen Idealisten wie Norman Angell, David Mitrany oder Leonard Woolf und Realisten wie Carr und Morgenthau in den 1930er und 1940er Jahren, in deren Rahmen die Protagonisten sehr unterschiedliche Weltbilder und Ideen vertraten.⁷³ Zweitens, und dieser Einwand wiegt viel schwerer, wird die Art und Weise der Bezugnahme auf die beiden Denkschulen diesen nicht gerecht und gibt Anlass zur Kritik.

3.4 Eine Kritik aus der Perspektive der *liberalen Friedenstheorie*

In Krauthammers Verständnis bildet eine wenn nötig auch kriegerische oder durch andere Machtmittel durchzusetzende Demokratisierungspolitik den Kern seiner „liberalen Agenda“. Zur Begründung beziehen sich Krauthammer und andere Neokonservative, wie in Kapitel 2.5 dargestellt, auf Grundannah-

⁷² Welche überragende Bedeutung Neokonservative der militärischen Stärke der USA beimessen und welches Vertrauen sie in die militärische Überlegenheit haben, verdeutlicht Robert Kaplan (2003).

⁷³ Es ist umstritten, ob es diese „First Debate“ gab (Ashworth 2002). Mearsheimer (2005a) vertritt die These, es habe diese gegeben. Schmidt (1998) und Wilson (1998) hingegen vertrete die Gegenthese; diese Debatte sei ein Gründungsmythos der Realisten, die einen „unsichtbaren Gegner“ benötigt und konstruiert hätten, um ihr Denken begründen und gegenüber dem vorherrschenden Liberalismus abgrenzen zu können.

men des Forschungsprogramms zum Demokratischen Frieden, konkret die Friedfertigkeit der Demokratien untereinander sowie die demokratische Handels- und Sicherheitsgemeinschaft. Krauthammer suggeriert, *Demokratisierungskriege* seien Teil dieses Programms.

Die liberale Friedenstheorie, deren Kern die These vom Demokratischen Frieden bildet, ist ein Ansatz zur *Analyse* des Außenverhaltens von Demokratien. Die VertreterInnen des *Forschungsprogramms* formulieren in Anlehnung an Kants Friedensschrift im wesentlichen drei Grundannahmen: Demokratien sind per se friedfertig und verhalten sich auch nach außen friedlich (monadische Variante), führen keine Kriege untereinander (dyadische Variante), sehr wohl aber gegen Nicht-Demokratien (was Risse-Kappen als den „empirischen Doppelbefund“ bezeichnet hat) und schließen sich freiwillig in Institutionen (Kant sprach vom Friedensbund der Republiken) zusammen (Czempiel 1996; Risse-Kappen 1994). Diese Annahmen werden auf der national- oder zwischenstaatlichen Ebene verortet und strukturell mit dem Verweis auf die Institutionen in den westlichen Demokratien, normativ mit dem Verweis auf die demokratische politische Kultur, rational mit den Verweisen auf die Friedens fördernde ökonomische Interdependenz zwischen den Demokratien und die Rolle von internationalen Organisationen (Russett/O’Neal 2001) oder aus konstruktivistischer Perspektive mit dem Verweis auf die gegenseitige Wahrnehmung der Demokratien, die die gleichen Werte teilen und wechselseitiges Vertrauen und Sicherheit produzieren (Risse-Kappen 1995), begründet.⁷⁴

Es geht den FriedensforscherInnen also darum, die Gründe für den innerdemokratischen Frieden zu identifizieren, zu systematisieren und zu erklären. Die liberale Friedenstheorie ist aber *keine* außenpolitische Handlungsanleitung zur Legitimierung von Gewaltanwendung und/oder einer kriegerischen Außenpolitik, wie sie die Neokonservativen offensichtlich missverstehen. Ganz im Gegenteil sind sich die FriedensforscherInnen sowohl der Antinomien (Müller 2004) als auch der politischen Implikationen ihres Forschungsprogramms bewusst. Die Neokonservativen und die Bush-Administration haben, wie in Kapitel 2.5 und 2.6 dargestellt, die These vom Demokratischen Frieden für ihre politischen Zwecke instrumentalisiert bzw. *missbraucht*. Angesichts des zunehmenden Einsatzes kriegerischer Gewalt in der Außenpolitik der westlichen Demokratien (nicht nur in der US-Außenpolitik) gegenüber Nichtdemokratien, der von Regierungen *auch* unter Verweis auf die Friedfertigkeit von Demokratien untereinander (woraus in dieser Logik folgt, dass Staaten mit autoritären Regimen demokratisiert werden müssen) zu legitimieren versucht wird, hat die Friedensforschung die Analyse der Kriegsneigung westlicher Demokratien inzwischen zum Gegenstand ihrer Forschung gemacht und warnt vor dieser Entwicklung. Ein Argument ist jenes von Mansfield/Snyder (2002), die auf die Neigung junger Demokratien zur Kriegsführung verweisen.⁷⁵ Die VertreterInnen des Demokratischen Friedens verfolgen in diesem Zusammenhang einen normativen Anspruch, der sich gerade *gegen* eine kriegerische Außenpolitik, die von den Neokonservativen eingefordert wird, wendet.

4. Realistische Kritiken an der neokonservativen Programmatik

In Krauthammers Ansatz des „Democratic Realism“ kommt nicht nur ein *Missverständnis* der These vom Demokratischen Frieden, sondern auch eine verkürzte Lesart der realistischen Denktradition in den IB zum Ausdruck. Krauthammer bezieht sich in einer Art und Weise auf den Realismus, die der Denkschule nicht gerecht wird und im Grunde genommen *falsch* ist. In diesem abschließenden Kapitel

⁷⁴ Zu den unterschiedlichen Erklärungen zum Demokratischen Frieden siehe Geis/Wagner (2006).

⁷⁵ Zu den „Schattenseiten“ des Demokratischen Friedens siehe die Beiträge von Brock, Daase und Geis im Sammelband von Geis/Brock/Müller (2006) sowie den Sammelband von Geis/Müller/Wagner (2007), in denen zahlreiche Gründe für die zunehmende Kriegsneigung der westlichen Demokratien vorgestellt werden.

werden Krauthammers Missverständnisse herausgearbeitet und eine realistische Kritik am Neokonservatismus vorgestellt.⁷⁶

4.1 Krauthammers (Miss)Verständnis der realistischen Denkschule

Das Missverständnis der realistischen Denkschule kommt zum einen in der Kritik an Morgenthau zum Ausdruck. Krauthammer wirft Morgenthau vor, ein zynisches Verständnis von Interessen und einer pragmatischen Machtpolitik ohne Bezug zur Moral, zu den republikanischen Werten Demokratie und Freiheit und zur Identität der Vereinigten Staaten als große Republik zu haben, das den wahren „nationalen Interessen“ Amerikas zuwiderlaufe und gefährlich sei. Zum anderen bezieht sich Krauthammer trotzdem auf eine realistische Grundannahme: die militärische Überlegenheit Amerikas, die die Neokonservativen als Voraussetzung für eine Demokratisierungs- und Weltordnungspolitik begreifen. In Krauthammers Verständnis stellen also eine militärische Überlegenheit, die in eine bestimmte Form der Machtpolitik umgesetzt werden müsse, die Kernideen des Realismus dar. Er suggeriert damit, beim Realismus handele es sich um eine ausschließliche Machttheorie mit konkreten Handlungsanweisungen für die Außenpolitik. Dieses Verständnis kann man zwar Mearsheimer unterstellen; allerdings zieht dieser vollkommen andere Schlussfolgerungen die US-Außenpolitik betreffend daraus, als dies Neokonservative tun. Keller, dem eine politische Nähe zum Neokonservatismus unterstellt werden kann, teilt jedenfalls dieses verkürzte Verständnis Krauthammers. Dabei bezieht er sich auch noch explizit auf den „klassischen Realismus Morgenthaus“ (Keller 2008a: 264). Sowohl Krauthammers Umgang mit Morgenthau als auch sein Verständnis „des Realismus“ geben wiederum Anlass zur Kritik.

4.2 Morgenthau wieder lesen!

Der Begründer des Realismus, Hans J. Morgenthau, ermöglicht eine solche *kritische Auseinandersetzung* mit dem Neokonservatismus.⁷⁷ Williams (2005) hat im Blick auf das „nationale Interesse“ dem neokonservativen Interessenverständnis jenes von Morgenthau entgegengestellt. Morgenthaus politische Philosophie geht allerdings weit über den Interessenbegriff hinaus. Er bietet *mehr* als das, was wir aus seinem Klassiker „Politics among Nations: The Struggle for Power and Peace“ (PaN), in dem er seine Theorie internationaler Politik formuliert, über die sich kontrovers diskutieren lässt⁷⁸, herauslesen. Morgenthau beteiligte sich mit seinen Büchern „The Purpose of American Politics (1960) oder „The Decline of Democratic Politics“ (1962) an den Debatten über das Wesen und die spezifischen Entwicklungen in der amerikanischen Demokratie und Gesellschaft. Und in Beiträgen wie „The Moral Dilemma in Foreign Policy“ (1951) „The National Interest of the United States“ (1952), „Vietnam: Shadow and Substance of Power“ (1965), „US Misadventure in Vietnam“ (1968) oder „The Pathology

⁷⁶ Die Realisten gehören zu den heftigsten Kritikern des Irakkrieges und des Neokonservatismus. Dabei lassen sich aber diverse Kritiken unterscheiden (Gilpin 2005; Mearsheimer/Walt 2003), ebenso wie sich innerhalb der realistischen Denkschule diverse theoretische Ansätze unterscheiden lassen: der (klassische) Realismus Morgenthaus, der strukturelle defensive Neorealismus Waltz' und der offensive Ansatz Mearsheimers, der ökonomische Realismus Gilpins und der neoklassische Realismus. Siehe dazu Gilpin (1986), Schmidt (2008) und Wohlforth (2008). Zu einer realistischen Kritik an der Demokratieförderung siehe Schweller (2000).

⁷⁷ Weder Gilpin noch Mearsheimer/Walt setzen sich in ihren Kritiken am Irakkrieg mit den Ideen und Zielen Neokonservativen auseinander. Gilpin unterscheidet zwischen Neokonservativen, Ultra-Nationalisten und den evangelikalen Christlichen Rechten als den maßgebenden Akteuren in der Irakpolitik, die zum Teil sehr unterschiedliche Interessen verfolgten. Dann ordnet er einzelne Repräsentanten der Bush-Administration diesen drei Gruppen zu. Schließlich unterstellt er diesen Akteuren ideologische Blindheit. Daraus resultiere eine kurzsichtige Machtpolitik ohne Blick für die Sicherheits- und ökonomischen Interessen der Vereinigten Staaten. Diese Politik sei letztlich imperialistisch, fördere antiarabische Ressentiments in der arabischen Welt und gehe daher nicht nur auf ökonomische und militärische, sondern auch auf Kosten des Prestiges der Weltmacht. Mearsheimer und Walt bezeichnen den Irakkrieg als unnötig. Dazu führen sie vier Argumente an: die nicht bedrohte Sicherheit der militärisch überlegenen USA; die Rationalität Saddams; die funktionierende Abschreckung und Eindämmung des Iraks; das Mächtegleichgewicht zwischen den arabischen Staaten und Israel in der Golfregion. In einem Beitrag bezieht sich Mearsheimer (2005b) zwar auf die neokonservative Programmatik, thematisiert aber unter Bezugnahme auf Morgenthau nur zwei Aspekte: den Nationalismus und die „bandwagoning“-Annahme Krauthammers, die Mearsheimer mit der Annahme von Gegenmachtbildung kontert. Das Potential der realistischen Denkschule wird nicht ausgeschöpft.

⁷⁸ Zur Kritik am Realismus siehe Franke/Herborth (2007), Guzzini (2004) oder Lebow (2003).

of American Power“ (1977) setzte er sich kritisch mit der US-Außenpolitik, insbesondere mit Wilsons Demokratisierungspolitik, der Interventionspolitik in Lateinamerika und dem Vietnamkrieg, auseinander. Vor diesem Hintergrund ist zu erörtern, *inwieweit* Morgenthau eine Auseinandersetzung mit der neokonservativen Programmatik anbietet. Dieser Ansatz ist keinesfalls anachronistisch.

Morgenthau's Gesellschaftsanalyse und Verständnis des „American Exceptionalism“

Erstens glaubte Morgenthau, wie Irving Kristol, Entwicklungstendenzen zu beobachten, die er als eine Gefahr für die amerikanische Demokratie und Gesellschaft erachtete: Armut, Politikverdrossenheit, Rassismus, soziale Ungleichheit, die Verfolgung politisch Andersdenkender (Morgenthau wurde angesichts seiner Kritik am Krieg als Kommunist denunziert) und die ungleiche politische und ökonomische Machtverteilung. Morgenthau war sich jedoch der Folgen radikaler Ideen bewusst und zog *grundsätzlich andere* Schlussfolgerungen aus seiner Gesellschaftsanalyse, als dies Neokonservative heute tun. Die Neokonservativen glauben, den dekadenten Entwicklungen, Krisen und Defiziten in der amerikanischen Demokratie und Gesellschaft durch eine politische Agenda begegnen zu können, die auf die Erneuerung der Republik und ein Bewusstsein für die „nationale Größe“ Amerikas und seine universalen Werte Freiheit und Demokratie, die in der Welt verbreitet werden müssen, abzielt. Darin begründete sich Amerikas Einzigartigkeit, Unfehlbarkeit und moralische Überlegenheit. Die Republik wird von den Neokonservativen als erstrebenswerter und perfekter Endzustand angesehen.

Morgenthau hingegen übte zum einen *grundsätzlich* Kritik an der verklärten Überzeugung eines moralisch überlegenen Amerikas. Zwar bezog er sich in „The Purpose of American Politics“ (1960) ebenfalls auf den „American Exceptionalism“, in dem er den Vereinigten Staaten die Rolle des Leuchtturms und nachahmenswerten Gesellschaftsmodells zuschrieb. Auch für Morgenthau hing die *moralische Attraktivität* (Morgenthau sprach von „moral attractiveness“, nicht von Überlegenheit), *Integrität* und *Glaubwürdigkeit* Amerikas, an dem sich andere Nationen *freiwillig* ein Beispiel nehmen können, mit dem Zustand der amerikanischen Demokratie und Gesellschaft zusammen. Morgenthau hob allerdings in diesem Zusammenhang die seines Erachtens bestehenden demokratischen Defizite und gesellschaftlichen Probleme in Amerika immer wieder hervor und forderte eine *permanente* kritische Selbstreflexion und Konsolidierung der amerikanischen Demokratie. *Nur* darin verstand er die politische Bestimmung Amerikas; und *nur dann* könne Amerika glaubwürdig als Leuchtturm in die Welt hinaus strahlen. In diesem Zusammenhang kommt auch ein Aspekt von Morgenthau's *spezifischem Moralverständnis* zum Ausdruck, das ihm Krauthammer abspricht.⁷⁹ Dieses realistische Verständnis des amerikanischen Exzeptionalismus entspricht dem moderaten „exemplarism“ bei Monten.⁸⁰ Zum anderen, so Morgenthau, könne sich kein Land Attraktivität, Ansehen und Größe selbst zuschreiben, sondern nur durch andere Staaten zugeschrieben bekommen.⁸¹ Schließlich warnte er vor jenem als fortschrittlich dargestellten Nationalismus, auf den sich die Neokonservativen berufen und den Morgenthau als kriegerisch und zerstörerisch bezeichnet.

Morgenthau's Kritik an einer ideologisch angeleiteten US-Außenpolitik

Zweitens argumentierte Morgenthau *grundsätzlich gegen* ein wertegebundenes Verständnis der „nationalen Interessen“ Amerikas (wie es die Neokonservativen haben) sowie dagegen, aus diesem Interessenverständnis Ziele für die US-Außenpolitik wie jenes der Demokratieförderung abzuleiten und

⁷⁹ Zum Moralverständnis Morgenthau's siehe Ders. (1948; 1951; 1978: 229-263). Eine Interpretation dieses Moralverständnisses, die den historischen und politischen Kontext des Morgenthau'schen Denkens reflektiert und auf die Genese seines Weltbildes abzielt, bieten Brown (2007), Scheuerman (2007) und Reichwein (2008).

⁸⁰ Zum „exemplarism“ siehe Fußnote 70.

⁸¹ Diese Kritik formuliert Fukuyama (2005; 2006: 95-113, 155-180) in seiner Auseinandersetzung mit Krauthammer (allerdings ohne sich dabei auf Morgenthau zu beziehen).

eine solche Politik als politische Bestimmung und moralische Mission zu verstehen. Er vertrat, wie alle anderen Realisten auch, ein *anti-ideologisches* Weltbild. Ein „Realismus mit ideologischer Infusion“, wie Keller den Neokonservatismus angemessen zu beschreiben glaubt, ist ein Widerspruch in sich. Morgenthau begründete seine Absage an eine wertegebundene Außenpolitik mit der seines Erachtens damit einhergehenden Gefahr, dass sich Amerika permanent in Interventionen und Demokratisierungskriege verstricke. Auch Kenneth Waltz sprach in diesem Zusammenhang vom „ewigen Krieg um den ewigen Frieden“ (1959: 113) Dabei gehe, so Morgenthau, der Blick für eine pragmatische und rationale Politik des Interessenausgleichs mit der Sowjetunion, die er als einen Nationalstaat unter allen anderen mit legitimen spezifischen Interessen verstand, verloren. Die US-Außenpolitik zeichnete sich seines Erachtens aber durch einen universalen Geltungsanspruch der amerikanischen Werte aus. Dies führe, so Morgenthau, zu einem missionarischen Sendungsbewusstsein und Kreuzzugsdenken gegen den Kommunismus im Namen der Demokratie, und in der Konsequenz zu neuen Totalitarismen und zu Krieg. Im Vorwort zur zweiten Auflage von PaN schreibt er:

When this Book was written in 1947, it summarized an intellectual experience of twenty years. It was an experience of lonely and seemingly ineffectual reflection on the nature of international politics and on the ways by which a false conception of foreign policy, put into practice by the western democracies, led inevitably to the threat and the actuality of totalitarianism and war. When this book was originally written, the false and pernicious conception of foreign policy was still in the ascendancy. This book was indeed, and could be nothing else but, a frontal attack against that conception. (Morgenthau 1954: iv)

In diesem Zusammenhang warnte Morgenthau davor, Amerika könnte angesichts einer kriegerischen Außenpolitik nicht nur seine militärische und politische Macht überschätzen, sondern auch an Glaubwürdigkeit und *Legitimität* verlieren. Im Rahmen seiner Kritik am Vietnamkrieg hat Morgenthau zudem immer wieder auf den Verlust an Glaubwürdigkeit und moralischer Attraktivität angesichts des Zustandes der eigenen Demokratie und der Kriegsführung hingewiesen. Morgenthau versteht unter Macht *mehr* als nur militärische Ressourcen und Fähigkeiten. Für ihn sind auch Legitimität und Glaubwürdigkeit Machtressourcen einer Weltmacht. Er unterscheidet außerdem zwischen politischer Macht und militärischer Gewaltausübung, die für ihn keine Form mehr von Macht ist (1978: 27-41).

Der normative Kern in Morgenthaus Ideen

Schließlich zeichnet sich Morgenthaus Denken durch einen *kritischen* und *normativen Kern* aus, den Krauthammer nicht erkennt.⁸² Morgenthau bietet in PaN eine Analyse des Wettbewerbs zwischen den Staaten um Macht, und damit lediglich einen Schlüssel zum seines Erachtens besseren Verständnis internationaler Politik. Darüber hinaus erörtert er die Möglichkeiten der Einschränkung dieses Wettbewerbs um Macht und formuliert die Idee des *Friedens*:

While at all times the promotion of the national interests of the United States as a power among powers has been the main concern of American foreign policy, in an age that has seen two world wars and has learned how to wage total war with nuclear weapons the preservation of peace has become the prime concern of all nations. (Morgenthau 1978: 24)

Morgenthau sieht im Mächtegleichgewicht zwischen den Staaten, im Völkerrecht und in seinem spezifischen Verständnis von Moral die „Limitations of Power Politics“:

⁸² Zum normativen Kern siehe Reichwein (2008), zum kritischen Potential Scheurman (2009).

In a world whose moving force is the aspiration of sovereign nations for power, peace can be maintained only by two devices. One is the self-regulatory mechanism of the balance of power. The other consists of normative limitations upon that struggle, in the form of international law, international morality, and world public opinion." (1978: 25)

Der Realismus, vor allen Dingen der Ansatz Morgenthau, ist *keine* Anleitung für eine machiavellistische und kriegerische Machtpolitik, wie sie die Neokonservativen einfordern. Ganz im Gegenteil bietet Morgenthau mit seinen Ideen über die amerikanische Demokratie und Gesellschaft sowie über die US-Außenpolitik einen *programmatischen Gegenentwurf* zum Neokonservatismus (vgl. Reichwein 2007; Williams 2007).

5. Schluss

Der Neokonservatismus zeichnet sich durch ein spezifisches Amerika- und Weltbild, ein spezifisches Interessenverständnis und radikale Ideen in der Innen- und Außenpolitik aus. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Programmatik steht das Ziel der Demokratieförderung, die wenn nötig auch kriegerisch zu erreichen ist. Seine Vertreter sollten zum einen aus politischen Gründen ernst genommen werden. Neokonservative beteiligen sich an den (außen)politischen Debatten und bringen ihre Ideen und Vorstellungen über die amerikanische Republik und die Rolle Amerikas in der Welt ein. Die neokonservative ist neben der liberal-internationalistischen, der realistischen und der isolationistischen die vierte einflussreiche außenpolitische Schule in den Vereinigten Staaten (Fukuyama 2006: 7). Die Neokonservativen beanspruchen diese Praxisrelevanz und werden auch in Zukunft über ihre Medien, Denkfabriken und durch ihre Präsenz und Prominenz in der akademischen Welt nach Einflussnahme auf die Debatten und Entscheidungen in der US-Außenpolitik streben. Anders formuliert: Die Neokonservativen sind und bleiben relevante politische Akteure, die in die Analyse amerikanischer Außenpolitik einbezogen werden müssen.

Der Neokonservatismus sollte auch von der Disziplin IB ernst genommen werden. Zwar lässt sich dieser nicht als ein eigenständiges Paradigma bezeichnen. Auch erheben die Neokonservativen nicht den Anspruch, eine Denkschule, die sich durch eine theoretische Geschlossenheit und Erklärungskraft auszeichnet, zu repräsentieren; sie beteiligen sich auch nicht an den Theoriedebatten. William Kristol bringt den Anspruch auf den Punkt: "Neoconservatism must be a school of practice before it becomes a school of thought" (Keller 2008a: 256). Aber das verkürzte Verständnis der liberalen und der realistischen Denkschule, das in Krauthammers und Podhoretz Bezugnahmen auf die liberale Friedenstheorie und Wilson sowie in der Kritik an Morgenthau zum Ausdruck kommt, ist Anlass genug für eine theoretisch reflektierte Auseinandersetzung, die in diesem Papier geführt wurde. Dabei wurden zum einen das gemeinsame Ziel der Demokratieförderung, vor allen Dingen aber die wesentlichen Unterschiede in der Zielgewichtung, Mittelwahl und Rhetorik einer solchen Außenpolitik zwischen Neokonservativen und liberalen Internationalisten, die sich in der Tradition Wilsons verorten, herausgearbeitet. Zum anderen die Unterschiede im politischen bzw. analytischen Anspruch, die Neokonservative und liberale FriedensforscherInnen voneinander abgrenzt. Schließlich wurde das Potential Morgenthau, der einen programmatischen Gegenentwurf zum Neokonservatismus anbietet, herausgearbeitet. Seine Gesellschaftsanalyse und sein Verständnis des „American Exceptionalism“ unterscheiden sich grundlegend vom neokonservativen Amerikabild. In seiner Kritik an einer ideologisch angeleiteten US-Außenpolitik, die auf eine Demokratisierung anderer Staaten abzielt und in ihrer Konsequenz kriegerisch ist, kommen seine Warnungen vor einem Verlust an Glaubwürdigkeit, moralischer Attraktivität und Legitimität als Gesellschaftsmodell und Weltmacht zum Ausdruck. Angesichts der gegenwärtigen Krise, in der sich die Vereinigten Staaten befinden, klingen diese Warnungen aktueller denn je.

Literatur:

- Abbott, Philip 2005:** Still Louis Hartz after All These Years: A Defense of the Liberal Society Thesis, in: Perspectives on Politics 3: 1, 93-109.
- Ambrosius, Lloyd E. 2002:** Wilsonianism: Woodrow Wilson and His Legacy in American Foreign Relations. New York: Palgrave Macmillan.
- Anthony, Constance G. 2008:** American Democratic Interventionism: Romancing the Iconic Woodrow Wilson, in: International Studies Perspectives 9: 3, 239-253.
- Arend, Anthony C. 2004:** International Law and the Preemptive Use of Military Force, in: Lennon, Alexander T.J./Eiss, Camille (Eds.), Reshaping Rogue States. Preemption, Regime Change, and U.S. Policy toward Iran, Iraq, and North Korea. Cambridge: University Press (UP), 19-36.
- Ashworth, Lucian M. 2002:** Did the Realist-Idealist Great Debate Really Happen?, in: International Relations 16: 1, 33-53.
- Bailyn, Bernard 1992:** The Ideological Origins of the American Revolution. Cambridge/Mass.: Harvard UP.
- Baritz, Loren 1964:** City on a Hill: A History of Ideas and Myths in America. New York: John Wiley and Sons.
- Bennett, William 2000:** Morality, Character, and American Foreign Policy, in: Kagan, Robert/Kristol, William (Eds.), Present Dangers: Crisis and Opportunity in American Foreign and Defense Policy. San Francisco: Encounter Books, 289-305.
- Bloom, Alexander 1986:** Prodigal Sons. The New York Intellectuals and Their World. New York: Oxford UP.
- Blyth, Mark 2003:** Structures Do Not Come with an Instruction Sheet: Interests, Ideas, and Progress in Political Science, in: Perspectives on Politics 1: 4, 695-703.
- Boot, Max 2004:** Think Again: Neocons, in: Foreign Policy 140, 20-28.
- Brinkley, Douglas. 1997:** Democratic Enlargement: The Clinton Doctrine, in: Foreign Policy 106, 111-127.
- Brock, Lothar 2002:** Republikanischer Friede, Hegemonie und Selbstbindung in der interamerikanischen Regionalpolitik der USA, 1823-1948, in: Jachtenfuchs, Markus/Knodt, Michèle (Hg.), Regieren in internationalen Institutionen. Festschrift für Beate Kohler-Koch, Opladen: Leske & Budrich, 79-110.
- Ders. 2006:** Triangulating War: the Use of Force by Democracies as a Variant of Democratic Peace, in: Geis/Brock/Müller (Eds.), 90-119.
- Brooks, David 2004:** The Neocon Cabal and Other Fantasies, in: International Herald Tribune, January 7.
- Brown, Chris 2007:** "The Twilight of International Morality"? Hans J. Morgenthau and Carl Schmitt on the End of the Jus Publicum Europaeum, in: Williams (Ed.), 42-61.
- Caesar, James W. 2000:** The Great Divide: American Internationalism and its Opponents, in: Kagan/Kristol (Eds.), Present Dangers, 25-43.
- Carr, Edward H. 1939:** The Twenty Years' Crisis 1919-1939. An Introduction to the Study of International Relations. London: Palgrave Macmillan.
- Cox, Michael 2000:** Wilsonianism Resurgent? The Clinton-Administration and American Democracy Promotion in the late 20th Century, in: Cox, Michael/Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Eds.), American Democracy Promotion. Impulses, Strategies, and Impacts. Oxford: UP, 218-239.
- Croft, Stuart 2007:** „Thy Will Be Done“: The New Foreign Policy of America's Christian Right, in: International Politics 44: 6, 692-710.

- Czempiel, Ernst-Otto 1996:** Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) 3: 1, 79-101.
- Ders. 2004:** Internationale Beziehungen: Begriff, Gegenstand und Forschungsabsicht, in: Knapp, Manfred/Krell, Gert (Hg.), Einführung in die Internationale Politik. 4. Auflage. München/Wien: Oldenbourg, 3-28.
- Daalder, Ivo H./Lindsay, James M. 2003:** America Unbound: The Bush Revolution in Foreign Policy. Washington D.C.: Brookings Institute Press.
- Daase, Christopher 2006:** Democratic Peace – Democratic War: Three Reasons Why Democracies Are War-prone, in: Geis/Brock/Müller (Eds.), 74-89.
- Dalacoura, Katerina 2005:** Democracy Promotion in the Arab Middle East Since 11 September 2001: A Critique, in: International Affairs 81: 5, 963-979.
- DeMuth, Christopher/Kristol, William (Eds.) 1995:** The Neoconservative Imagination: Essays in Honour of Irving Kristol. Washington D.C.: American Enterprise Institute Press.
- Dent, David W. 1999:** The Legacy of the Monroe Doctrine. A Reference Guide to the U.S. Involvement in Latin America and the Caribbean. Westport: Praeger.
- Desch, Michael C. 2001:** Liberals, Neocons, and Realcons, in: Orbis 45: 4, 519-533.
- Ders. 2007:** America's Liberal Illiberalism. The Ideological Origins of Overreaction in U.S. Foreign Policy, in: International Security 32: 3, 7-43.
- Dorrien, Gary 2004:** The Neoconservative Vision: From the Cold War to the Culture Wars. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Doyle, Michael W 1999:** A liberal view: preserving and expanding the liberal pacific union, in: Paul, T.V./Hall, John A. (Eds.), International Order and the Future of World Politics. Cambridge: UP, 41-66.
- Drolet, Jean-François 2009:** The cryptic cold war realism of Leo Strauss, in: International Politics 46: 1, 1-27.
- Drury, Shadia B. 2005:** The Political Ideas of Leo Strauss. New York: Palgrave Macmillan.
- Ehrman, John 1994:** The Rise of Neoconservatism: Intellectuals and Foreign Affairs 1945-1994. New Haven: Yale UP.
- Franke, Ulrich/Herborth, Benjamin 2007:** Tragedians as Technocrats? Realist policy interventions and the problem of reflexivity in international theory. Paper presented at the 48th Annual Conference of the International Studies Association (ISA), Chicago/Ill., USA, 28 February - 3 March 2007.
- Friedman, Murray 2005:** The Neoconservative Revolution: Jewish Intellectuals and the Shaping of Public Policy. New York: Cambridge UP.
- Frum, David/Perle, Richard 2004:** An End to Evil. How to win the War on Terror. New York: Ballantine Books.
- Fukuyama, Francis 1989:** The End of History, in: National Interest, 3-18.
- Ders. 1992:** The End of History and the Last Man. New York: Macmillan.
- Ders. 2005:** The Neoconservative Moment, in: Rosen, Gary (Ed.), The Right War? The Conservative Debate on Iraq. Cambridge: UP, 170-185.
- Ders. 2006:** America at the Crossroads. Democracy, Power, and the Neoconservative Legacy. New Haven: Yale UP.
- Fukuyama, Francis/McFaul, Michael 2008:** Should Democracy be Promoted or Demoted?, in: Chollet, Derek/Lindberg, Tod/Shorr, David (Eds.), Bridging the Foreign Policy Divide. London: Routledge, 147-168.
- Gadinger, Frank/Heck, Axel/Dittgen, Herbert 2008:** Amerikanische Außenpolitik im Zeichen des „Krieges gegen den Terror“, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS) 49: 4, 726-755.

- Geis, Anna 2006:** Spotting the "Enemy"? Democracies and the Challenge of the "Other", in: Dies./Brock/Müller (Eds.), 142-169.
- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Eds.) 2006:** Democratic Wars: Looking at the dark side of the Democratic Peace. Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Geis, Anna/Wagner, Wolfgang 2006:** Vom demokratischen Frieden zur demokratiezentrierten Friedens- und Konfliktforschung, in: PVS 47: 2, 276-289.
- Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hg.) 2007:** Schattenseiten des demokratischen Friedens: Zur Kritik einer liberalen Außen- und Sicherheitspolitik. Frankfurt am Main: Campus.
- Gelfand, L.E. 1994:** Where Ideals Confront Self Interest: Wilsonian Foreign Policy, in: Diplomatic History 18: 1, 125-133.
- George, Jim 2005:** Leo Strauss, Neoconservatism and US Foreign Policy. Esoteric Nihilism and the Bush Doctrine, in: International Politics 42: 2, 174-202.
- Gerson, Mark 1996:** The Neo-Conservative Vision: From the Cold War to the Culture War. Lanham: Madison.
- Gilpin, Robert 1986:** The Richness of the Realist Tradition, in: Keohane, Robert O. (Ed.), Neorealism and its Critics. New York: Columbia UP, 301-321.
- Ders. 2005:** War is Too important to be Left to Ideological Amateurs, in: International Relations 19: 1, 5-18.
- Gholz, Eugene/Press, Daryl G./Sapolsky, Harvey M. 1997:** Come Home, America. The Strategy of Restraint in the Face of Temptation, in: International Security 21: 4, 5-48.
- Gold, Philip 2004:** Take Back the Right: How the Neo-Cons and the Religious Right Have Hijacked the Conservative Moment. New York: Carroll & Graf Publishers.
- Gourevitch, Alex 2007:** Neo-Wilsonianism: The Limits of American Ethical Foreign Policy, in: Chandler, David/Heins, Volker (Eds.), Rethinking Ethical Foreign Policy. Pitfalls, Possibilities and Paradoxes. London: Routledge, 25-49.
- Guelke, John 2005:** The Political Morality of the Neoconservatives: An Analysis, in: International Politics 42: 1, 97-115.
- Guzzini, Stefano 2004:** The Enduring Dilemmas of Realism in International Relations, in: European Journal of International Relations 10: 4, 533-568.
- Halper, Stefan/Clarke, Jonathan 2004:** America Unbound: The Neo-Conservatives and the Global Order. Cambridge: UP.
- Hartz, Louis 1955:** The Liberal Tradition in America: An Interpretation of American Political Thought since the Revolution. San Diego: Harcourt & Brace.
- Herz, Dietmar 1989:** The American School of Decline: Anmerkungen zur Literatur über den Verfall amerikanischer Macht, in: Neue Politische Literatur 34: 1, 41-57.
- Hoffman, Stanley. 2004:** Gulliver Unbound: America's Imperial Temptation and the War in Iraq. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Homolar-Riechmann, Alexandra 2003:** Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung. Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (A-PuZ) B46/2003, 33-40.
- Huntington, Samuel 1993:** Why International Primacy Matters, in: International Security 17: 4, 68-83.
- Ders. 1999:** The Lonely Superpower, in: Foreign Affairs 78: 3, 35-49.

- Hurst, Steven 2005:** Myths of Neoconservatism: George W. Bush's "Neo-conservative" Foreign Policy Revisited, in: *International Politics* 42: 1, 75-96.
- Ikenberry, John G. 2000:** America's Liberal Grand Strategy: Democracy and National Security in the Post-War Era, in: Cox/Ikenberry/Inoguchi (Eds.), 103-126.
- Ders. 2001:** The Settlement of 1919, in: *After Victory. Institutions, Strategic Restraint, and the Rebuilding of Order after Great Wars.* Princeton: UP, 117-162.
- Ders. 2002:** America's Imperial Ambition, in: *Foreign Affairs* 81: 5, 44-60.
- Ders. 2004:** The End of the Neo-Conservative Moment, in: *Survival* 46: 1, 7-22.
- Irive, Akira 1977:** From Nationalism to Internationalism: U.S. Foreign Policy to 1914: Boston: Routledge.
- Joffe, Josef 2006:** Überpower. The Imperial Temptation of America. New York: Norton & Company.
- Kagan, Robert 1998:** The Benevolent Empire, in: *Foreign Policy* 111, 24-35.
- Ders. 2003:** Of Paradise and Power. America and Europe in the New World Order. New York: Vintage Books.
- Ders. 2004:** A Tougher War for the U.S. is One of Legitimacy, in: *New York Times*, January 24.
- Ders. 2008a:** Die Demokratie und ihre Feinde: Wer gestaltet die neue Weltordnung? München: Siedler.
- Ders. 2008b:** The September 12 Paradigm, in: *Foreign Affairs* 87: 5, 25-39.
- Kaplan, Lawrence F./Kristol, William 2003:** The War over Iraq: Saddam's Tyranny and America's Mission. San Francisco: Encounter Books.
- Kaplan, Robert D. 2003:** Supremacy by Stealth, in: *The Atlantic Monthly* 292: 1 (July/August).
- Keller, Patrick 2008a:** Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis George W. Bush. Paderborn: Schöningh.
- Ders. 2008b:** Von der Eindämmung zur Erweiterung. Bill Clinton und die Neuorientierung der amerikanischen Außenpolitik. Bonn: Bouvier.
- Kennedy, Paul 1989:** Die Vereinigten Staaten: Das Problem der Nummer Eins im relativen Abstieg, in: *Aufstieg und Fall großer Mächte.* Frankfurt am Main: Fischer, 758-787.
- Kirkpatrick, Jeane 1979:** Dictatorships and Double Standards, in: *Commentary* 68: 5, 34-45.
- Dies. 1990:** A Normal Country in a Normal Time, in: *The National Interest*, Herbst, 40-44.
- Koh, Harold Hongju 2003:** Foreword: On American Exceptionalism, in: *Stanford Law Review* 55: 5, 1470-1528.
- Krauthammer, Charles 1991:** The Unipolar Moment, in: *Foreign Affairs* 70: 1, 23-33.
- Ders. 2001:** The New Unilateralism, in: *The Washington Post*, June 8.
- Ders. 2002:** The Unipolar Moment Revisited, in: *National Interest* 70, 5-17.
- Ders. 2004:** Democratic Realism. An American Foreign Policy for an Unipolar World. Washington: American Enterprise Institute Press, 1-8.
- Kristol, Irving 1972:** On the Democratic Idea in America. New York: Harper & Row.
- Ders. 1978:** Two Cheers for Capitalism. New York: Basic Books.
- Ders. 1983:** Reflections of a Neoconservative Looking Back. Looking Ahead. New York: Basic Books.
- Ders. 1995a:** Neoconservatism: The Autobiography of an Idea. Chicago: Elephant Paperback.
- Ders. 1995b:** American Conservatism 1945-1995, in: *The Public Interest* 121, 80-91.
- Ders. 2003:** The Neoconservative Persuasion, in: *The Weekly Standard* 8: 47, 23-27.
- Kristol, William 2000:** Contribution to American Power - For What? in: *Commentary* 109: 1, 35/36.
- Ders. 2003:** Testimony Before the Senate Foreign Relations Committee, 8 April, <http://www.foreign.senate.gov/testimony/2003/KristolTestimont030408.pdf>.
- Kristol, William/Kagan, Robert 1996:** Towards a Neo-Reaganite Foreign Policy, in: *Foreign Affairs* 75: 4, 18-32.

- Kristol, William/Brooks, David 1997:** What Ails Conservatism, in Wall Street Journal, September 15.
- Krugman, Paul R. 2008:** Nach Bush: Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Frankfurt am Main: Campus.
- Kubbig, Bernd W.K. 2004:** Wolfowitz' Welt verstehen. Entwicklung und Profil eines „demokratischen Realisten“. Frankfurt am Main: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Report 7/2004.
- Lake, Anthony 1994:** Confronting Backlash States, in: Foreign Affairs 73: 2, 45-55.
- Lebow, Richard N. 2003:** The Tragic Vision of Politics. Ethics, Interests, and Orders. Cambridge: UP.
- Lenzner, Steven/Kristol, William 2003:** What was Leo Strauss up to?, in: The Public Interest 153, 19-39.
- Lipset, Seymour Martin 1996:** American Exceptionalism: A Double-Edged Sword. New York: Norton.
- Long, David/Schmidt, Brian C. 2005:** Imperialism and Internationalism in the Discipline of International Relations. Albany: State University of New York Press.
- Lynch, Timothy J. 2008:** *Kristol Balls*. Neoconservative Visions of Islam and the Middle East, in: International Politics 45: 2, 182-211.
- Mann, James 2004:** Rise of the Vulcans: The History of Bush's War Cabinet. New York: Viking Penguin.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 2002:** Democratic Transitions, Institutional Strength, and War, in: International Organization 56: 2, 297-337.
- McDonald, David B. 2007:** Exceptionalism, the Holocaust, and American Foreign Policy, in: McDonald, David B./Patzman, Robert G./Mason-Parker, Betty (Eds.), *The Ethics of Foreign Policy*. Aldershot: Ashgate, 23-37.
- McDougall, Walter A. 1997:** Wilsonianism, or Liberal Internationalism (so called), in: *Promised Land, Crusader State. The American Encounter with the World Since 1776*. Boston: Houghton Mifflin Company, 122-146.
- McKeown, Timothy 1995:** Is American Foreign Policy Exceptional? An Empirical Analysis, in: *Political Science Quarterly* 110: 3, 369-384.
- Mearsheimer, John 2005a:** E.H. Carr versus Idealism: The Battle Rages On, in: *International Relations* 19: 2, 139-152.
- Ders. 2005b:** Hans Morgenthau und der Irakkrieg: Realismus versus Neokonservatismus, in: *Merkur* 59, 836-844.
- Mearsheimer, John/Walt, Stephen 2003:** An Unnecessary War, in: *Foreign Policy* 134, 50-59.
- Dies. 2007:** *The Israel Lobby and U.S. Foreign Policy*. New York: Farrar, Straus and Giroux.
- Miller, Steven E. 2005:** Terrifying Thoughts: Power, Order, and Terror After 9/11, in: *Global Governance* 11, 247-271.
- Monten, Jonathan 2005:** The Roots of the Bush Doctrine. Power, Nationalism, and Democracy Promotion in U.S. Strategy, in: *International Security* 29: 4, 112-156.
- Morgenthau, Hans J. 1948:** The Twilight of International Morality, in: *Ethics* 58: 2, 59-79.
- Ders. 1951:** The Moral Dilemma in Foreign Policy, in: *Yearbook of World Affairs* 5, 12-36.
- Ders. 1952:** Another "Great Debate": The National Interest of the United States, in: *The American Political Science Review* 46: 4, 961-988.
- Ders. 1960:** *The Purpose of American Politics*. New York: Vintage Books.
- Ders. 1962:** *Politics in the Twentieth Century, Vol. 1: The Decline of Democratic Politics*. Chicago: UP.
- Ders. 1965:** *Vietnam: Shadow and Substance of Power. Vietnam and the United States*. Washington D.C.: Public Affairs Press.

- Ders. 1968:** U.S. Misadventure in Vietnam, in: *Current History* 54: 317, 29-35.
- Ders. 1977:** The Pathology of American Power, in: *International Security* 1: 3, 3-20.
- Ders. 1978:** *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace.* Fifth Revised Edition. New York: Knopf.
- Moss, Kenneth B. 2003:** Reasserting American Exceptionalism – Confronting the World. The National Security Strategy of the Bush-Administration, in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 3/2003, 135-155.
- Muravchik, Joshua 1991:** *Exporting Democracy.* Washington: American Enterprise Institute Press.
- Ders. 1996a:** Introduction, in: *The Imperative of American Leadership. A Challenge to Neo-Isolationism.* Washington: American Enterprise Institute Press, 1-5.
- Ders. 1996b:** Remaining the Sole Superpower, in: *The Imperative of American Leadership*, 20-35.
- Ders. 2007:** The Past, Present, and Future of Neoconservatism, in: *Commentary* 124: 3, 19-29.
- Müller, Harald 2003:** "Defensive Präemption" und Raketenabwehr. Unilateralismus als Weltordnungspolitik, in: Kubbig, Bernd W. (Hg.), *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas.* Frankfurt am Main: Campus, 103-113.
- Ders. 2004:** The Antinomy of Democratic Peace, in: *International Politics* 41: 4, 494-520.
- Nash, George H. 1976:** *The Conservative Intellectual Movement in America Since 1945.* New York: Basic Books.
- Nash, George H./Kristol, Irving/Podhoretz, Norman/Lübbe, Hermann 1982:** Historische, philosophische und soziologische Wurzeln des Konservatismus, in: Rühle, Hans/Veen, Hans-Joachim/Hahn, Walter F. (Hrsg.), *Der Neo-Konservatismus in den Vereinigten Staaten und seine Auswirkungen auf die Atlantische Allianz.* Melle: Knoth, 66-106.
- Nau, Henry 2000:** America's Identity, Democracy Promotion and National Interests: Beyond Realism, Beyond Idealism, in: Cox/Ikenberry/Inoguchi (Eds.), 127-148.
- Ninkovich, Frank 1999:** *The Wilsonian Century. U.S. Foreign Policy since 1900.* Chicago: UP.
- Norton, Anne 2004:** *Leo Strauss and the Politics of American Empire.* New Haven: Yale UP.
- Nye, Russell 1966:** *This Almost Chosen People: Essays in the History of American Ideas.* East Lansing: Michigan State UP.
- Owens, Patricia 2007:** Beyond Strauss, lies, and the war in Iraq: Hannah Arendt's Critique of Neo-conservatism, in: *Review of International Studies* 33: 2, 265-283.
- Pells, Richard H. 1985:** *The Liberal Mind in a Conservative Age: American Intellectuals in the 1940s and 1950s.* New York: Harper & Row.
- Podhoretz, Norman 1980:** *The Present Danger: Do We Have the Will to Reverse the Decline of American Power?* New York: Simon & Schuster.
- Ders. 1999:** Strange Bedfellows: A Guide to the New Policy Debates, in: *Commentary* 108: 5, 19-32.
- Ders. 2004:** World War IV: How It Started, What It Means, and Why We Have to Win, in: *Commentary* 118: 2, 17-54.
- Ders. 2006:** Is the Bush doctrine Dead?, in: *Commentary* 122: 2, 17-31.
- Ders. 2007:** *World War IV: The Long Struggle Against Islamofascism.* New York: Doubleday Books.
- Reichwein, Alexander 2007:** *Morgenthau wieder lesen! Eine realistische Kritik an der neokonservativen Programmatik in der US-Außenpolitik.* Beitrag für die Zweite Offene Tagung der Sektion „Internationale Politik“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), 13./14. Juli 2007, Darmstadt.
- Ders. 2008:** *Morgenthau Reconsidered: The Origin(s) and Meaning of Morality in Realism.* Paper presented at the 49th Annual Convention of the ISA, San Francisco, 26-29 March 2008.

- Rengger, Nicholas J. 2009:** Realism's 'Hidden Dialogue': Leo Strauss, War and Politics, in: Bell, Duncan (Ed.), *Political Thought and International Relations: Variations on a Realist Theme*. Oxford: UP, 143-158.
- Risse-Kappen, Thomas, 1994:** Demokratischer Frieden? Unfriedliche Demokratien? Überlegungen zu einem theoretischen Puzzle, in: Krell, Gerd/ Müller, Harald (Hg.), *Frieden und Konflikt in den internationalen Beziehungen*. Frankfurt am Main: Campus, 159–189.
- Ders. 1995:** Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 491-517.
- Rodgers, Daniel T. 1992:** Republicanism: The Career of a Concept, in: *Journal of American History* 79: 1, 11-38.
- Rudolf, Peter 1999:** Neue Grand Strategy? Zur Entwicklung des außenpolitischen Diskurses in den USA, in: Medick-Krakau, Monika (Hg.), *Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die BRD*. Baden Baden: Nomos, 61-95.
- Ders. 2003:** Der 11. September, die Neuorientierung amerikanischer Außenpolitik und der Krieg gegen den Irak, in: *Zeitschrift für Politik* 50: 3, 257-280.
- Ders. 2007:** Imperiale Illusionen. Amerikanische Außenpolitik unter Präsident George W. Bush. Ernst-Otto Czempiel zum 80. Geburtstag. Baden Baden: Nomos.
- Russett, Bruce/Oneal, John 2001:** *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence and International Organizations*. New York: Norton Company.
- Scheuerman, William E. 2007:** Carl Schmitt and Hans Morgenthau: Realism and Beyond, in: Williams (Ed.), 62-92.
- Ders. 2009:** A Theoretical Missed Opportunity? Hans J. Morgenthau as Critical Realist, in: Bell (Ed.), 41-62.
- Schissler, Jakob 1983:** Die Krise des politischen Gemeinwesens, in: Ders. (Hrsg.), *Neokonservatismus in den USA. Eine Herausforderung*. Opladen: Leske & Budrich, 23-69.
- Schmitt, Carl 1932/33:** USA und die völkerrechtlichen Formen des modernen Imperialismus, in: Ders., *Frieden oder Pazifismus? Arbeiten zum Völkerrecht und zur internationalen Politik* (hrsg. Von Günter Maschke, 2005). Berlin: Duncker & Humblot, 349-366.
- Schmidt, Brian C. 1998:** *The political discourse of anarchy: a disciplinary history of international relations*. Albany: State University of New York Press.
- Ders. 2008:** Realist conceptions of power, in: Berenskoetter, Felix/Williams, Michael J. (Eds.), *Power in World Politics*. London: Routledge, 43-63.
- Schneider, William 1997:** The New Isolationism, in: Lieber, Robert J. (Ed.), *Eagle Adrift. American Foreign Policy at the End of Century*. New York: Longman, 26-38.
- Schwabe, Klaus 2006:** Woodrow Wilson und das Experiment einer neuen Weltordnung, 1913-1920, in: *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*. Paderborn: Schöningh, 43-77.
- Schweller, Randall 2000:** US Democracy Promotion: Realist Reflections, in: Cox/Ikenberry/Inoguchi (Eds.), 41-62.
- Seliger, Martin 1976:** *Ideology and Politics*. New York: Free Press.
- Skowronek, Stephan 2006:** The Reassociation of Ideas and Purposes: Racism, Liberalism, and the American Political Tradition, in: *American Political Science Review* 100: 3, 385-402.
- Smith, Rogers M. 1993:** Beyond Tocqueville, Myrdal, and Hartz: The Multiple Traditions in America, in: *American Political Science Review* 87: 3, 549-566.
- Smith, Tony 1982:** *The Pattern of Imperialism: The United States, Great Britain, and the Late-Industrializing World since 1815*. Cambridge: UP.

- Ders. 1994a:** After the Cold War: Wilsonianism Resurgent?, in: America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century. Princeton: UP, 311-345.
- Ders. 1994b:** Wilson and a World Safe for Democracy, in: America's Mission, 84-109.
- Sorensen, Georg 2008:** The Case for Combining Material Forces and Ideas in the Study of IR, in: European Journal of International Relations 14: 1, 5-32.
- Steigerwald, David 1994:** Wilsonian Idealism in America. Ithaca: Cornell UP.
- Steinfels, Peter 1979:** The Neoconservatives. New York: Simon and Schuster.
- Tomasky, Michael 2007:** Beyond Iraq: Toward a New Liberal Internationalism, in: Jumonville, Neil/Mattson, Kevin (Eds.); Liberalism for a New Century. Berkeley: University of California Press, 209-219.
- Volkert, Bernd 2006:** Der amerikanische Neokonservatismus: Entstehung, Ideen, Intentionen. Berlin: LIT-Verlag.
- Wald, Alan M. 1987:** The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from 1930s to the 1980s. Chapel Hill: University of North Carolina Press.
- Waltz, Kenneth N. 1959:** Man, the State, and War. A theoretical Analysis. New York: Columbia UP.
- Weinstein, Kenneth R. 2004:** Philosophical Roots, the Role of Leo Strauss, and the War in Iraq, in: Stelzer, Irwin (Ed.), Neoconservatism. London: Atlantic Books, 201-212.
- Welsh, Jennifer 2003:** „I“ is for Ideology: Conservatism in International Affairs, in: Global Society 17: 2, 165-185.
- Wehler Hans-Ulrich 1987:** Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus: Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900. 2. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Williams, Michael C. 2004:** Why Ideas Matter in International Relations: Hans Morgenthau, Collective Identity, and the Moral Construction of Power Politics, in: International Organization 58: 4, 633-666.
- Ders. 2005:** What is the National Interest? The Neoconservative Challenge in IR Theory, in: European Journal of International Relations 11: 3, 307-337.
- Ders. 2007:** Morgenthau now: Neoconservatism, national greatness, and realism, in: Ders. (Ed.), Realism Reconsidered. The Legacy of Hans Morgenthau in International Relations. Oxford: UP, 216-240.
- Wilson, Peter 1998:** The Myth of the "First Great Debate", in: Review of International Studies 24: 5, 1-15
- Wilzewski, Jürgen 2004:** Die Bush-Doktrin, der Irakkrieg und die amerikanische Demokratie, in: APuZ B45, 24-32.
- Ders. 2006:** A Present Crusade: Die Bush-Administration und der Präventivkrieg gegen den Irak, in: Hils, Jochen/Wilzewski, Jürgen (Hg.), Defekte Demokratie – Crusader State? Die Weltpolitik der USA in der Ära Bush. Trier: Wissenschaftlicher Verlag, 425-461.
- Wolfson, Adam 2004:** Conservatives and Neoconservatives, in: The Public Interest 154, 32-48.
- Wohlforth, William C. 2008:** Realism and foreign policy, in: Smith, Steve/Hadfield, Amelia/Dunne, Timothy (Eds.), Foreign Policy. Theories, Actors, Cases. Oxford: UP, 31-48.
- Wrobel, David M. 1993:** The End of American Exceptionalism. Lawrence: University Press of Kansas.

About the Author / Über den Autor:

Alexander Reichwein (Dipl.-Pol. und Doktorand am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt)

1996 bis 2002 Studium der Politikwissenschaft mit den Nebenfächern Neuere Geschichte, Rechtswissenschaft und Soziologie an der Goethe-Universität

2003 bis 2008 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft an der Goethe-Universität; seit 2008 Lehrbeauftragter

Forschungsschwerpunkte:

Internationale Beziehungen (IB), Theorien der IB, Klassiker der Disziplingeschichte, US-Außenpolitik, EU-Außenpolitik